

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

zur Bundestagswahl am 27. September 2009

Die Parteien und ihre Programme

- eine Zusammenstellung der Aussagen zu den wichtigsten Themenfeldern aus jugendpolitischer Sicht -



Inhaltsverzeichnis

Arbeitsmarktpolitik	7
Gewerkschaften / Tarifpolitik (sonstiges).....	8
Bekämpfung von Arbeitslosigkeit	8
Kündigungsschutz.....	9
Arbeitszeit / Arbeitsgesetze	9
Arbeitsvermittlung.....	10
Berufsausbildung: Duales System	11
Berufsausbildung: Ausbildungumlage/ Ausbildungspakt	11
Berufsausbildung: allgemein	12
Übergang Schule - Beruf	12
Betriebliche Mitbestimmung	13
Praktika	14
Sonstige Aussagen aus diesem Politikfeld	14
Soziale Sicherungssystemen/ Steuerpolitik.....	15
Grundsicherung etc. / Umbau Sozialversicherungssystem	15
Arbeitslosengeld / Hartz IV	16
Kinderarmut.....	16
Umbau Steuersystem.....	18
Steuern und Familie/ Zukunft Ehegattensplitting.....	19
Aussagen zur Familienpolitik	20
Vereinbarkeit Familie und Beruf: Kinderbetreuung.....	20
Vereinbarkeit Familie und Beruf: Betreuungsgeld	21
Vereinbarkeit Familie und Beruf: Elternzeit, Arbeitswelt, Sonstiges	21
Finanzielle Förderung: Allgemein.....	22
Finanzielle Förderung: Elterngeld	22
Sonstige Aussagen zur Familienpolitik.....	23
Aussagen zu Migrations- und Ausländerpolitik.....	25
Staatsbürgerschaft.....	25
Integration.....	25
Politische Teilhabe/ Wahlrecht.....	26
Kinder und Jugendliche.....	26
Migration und Arbeitsmarkt	27
Flüchtlingspolitik/ Asyl/ Bleiberecht	27
Sonstige Aussagen aus diesem Politikfeld	29

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Aussagen zur Bildungspolitik.....	30
Frühkindliche Bildung.....	30
Schule	31
Ganztagsschule.....	32
Hochschule	32
Zuständigkeiten / Föderalismus	33
Studienfinanzierung/ BAföG	33
Gebührenfreiheit von Bildung	34
Besondere Förderung	35
Finanzierung von Bildung.....	35
Chancengleichheit in der Bildung / Zugang zu Bildung	36
Sonstige Aussagen zur Bildungspolitik.....	37
Aussagen zu Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	38
Innenpolitik: Datenschutz / Grundrechten / Kriminalitätsbekämpfung.....	40
Datenschutz.....	40
Einsatz der Bundeswehr innerhalb Deutschlands	41
Polizei und Geheimdienst (Trennungsgebot)	42
Jugendkriminalität.....	42
Aussagen zur Jugend, Jugendpolitik und Jugendhilfe	44
Jugend, Jugendpolitik, Partizipation und Freiräume	44
Jugendverbände	45
Jugendhilfe	45
Freiwilligendienste	46
Jugend und Medien.....	46
Aussagen zur Kinderpolitik	48
Stellung der Kinder in der Gesellschaft / Kinderrechte und Grundgesetz	48
UN-Kinderrechtskonvention	48
Kinderschutz.....	49
Gesundheitspolitik.....	50
Krankenversicherungsmodell.....	50
Weitere Aussagen aus diesem Politikfeld.....	51

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Aussagen zu Umweltpolitik und Nachhaltigkeit	52
Energiepolitik.....	52
Kernenergie	53
Verkehrspolitik: Bahn/ Schienenverkehr	54
Verkehrspolitik: ÖPNV/ Regionalverkehr.....	55
Verkehrspolitik: Tempolimit	55
Verkehrspolitik - Allgemein	56
Emissionsschutz / Klima.....	56
Sonstige Aussagen zu Umweltschutz und Nachhaltigkeit	57
Aussagen zur Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht/Pflichtdienste.....	59
Alterssicherung / Rente	61
Umgang mit Extremismus	63
Generationengerechtigkeit	64
Europa.....	65
Geschlechtergerechtigkeit.....	66
Ostdeutschland / Ländlicher Raum.....	68
Entwicklungspolitik	70
Zukunft der Entwicklungshilfe - Schwerpunktsetzung	70
Entwicklungshilfe und Menschenrechte	70
Entwicklungsministerium.....	71
Millennium-Entwicklungsziele.....	71
NGOs.....	71
Organisation der Entwicklungshilfe	72
Entschuldung.....	72
Sonstige Aussagen zu Entwicklungspolitik.....	73

Einleitung | Hinweise

Diese Zusammenstellung soll als Arbeitshilfe für die Mitgliedsorganisationen des Deutschen Bundesjugendrings und ihre Untergliederungen vor und nach der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 dienen.

Die Auswahl beschränkt sich auf die Parteien, die bereits im 16. Deutschen Bundestag vertreten sind. Sie sind in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Die Auswahl der Themenfelder erfolgte nach den wichtigsten Beschlusslagen und Arbeitsfeldern des Deutschen Bundesjugendrings. Aussagen zu anderen Themenfeldern wurden nicht berücksichtigt.

Die Zuordnung zu den Zwischenüberschriften erfolgte unabhängig von der Gliederung der einzelnen Parteiprogramme und nach Einschätzung der Autoren. Wenn bei einzelnen Zwischenüberschriften keine Aussagen einzelner Parteien angegeben sind, heißt das lediglich, dass die Autoren keine expliziten Aussagen dazu im Programm der Partei gefunden haben, nicht, dass die Partei dazu keine Aussagen getroffen hat.

Einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt diese Zusammenstellung nicht. Insbesondere konnten nicht alle Aussagen zu allen Politikfeldern aufgenommen werden.

Berlin im Juli 2009

Quellen

Die Aussagen der Parteien wurden entnommen:

Bündnis90/Grüne: „Bundestagswahlprogramm 2009“

CDU/CSU: „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land.“ Regierungsprogramm 2009-2013

DIE LINKE: „Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.“ Bundestagswahlprogramm DIE LINKE

FDP: „Die Mitte stärken.“ Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei

SPD: „Sozial und Demokratisch. Anpacken für Deutschland.“ Das Regierungsprogramm der SPD

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Arbeitsmarktpolitik				
Mindestlohn / Tarifverträge				
<p>„Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von wenigstens 7,50 € je Stunde wollen wir sicherstellen, dass man von seiner Arbeit auch leben kann. Höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen bleiben hiervon unberührt.“</p> <p>„Wir wollen [...] in Branchen mit geringer Tarifbindung Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären.“</p>	<p>„...Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen.“</p> <p>„...Verbot sittenwidriger Löhne gesetzlich klarstellen.“</p>	<p>„In allen Branchen muss ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro eingeführt werden.“</p> <p>„...höhere tarifliche Mindestlöhne in diesen Branchen für allgemeinverbindlich erklären;...“</p>	<p>„Die FDP ist gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen.“</p> <p>„Die Tarifautonomie muss vor staatlichen Lohndiktaten geschützt werden. Statt Mindestlöhnen brauchen gerade Mittelständler flexiblere Regelungen.“</p> <p>„Wenn die Belegschaften und Arbeitgeber vom Tarifvertrag abweichende Regelungen wollen, muss Ihnen eine entsprechende Vereinbarung auf betrieblicher Ebene ermöglicht werden und zwar ohne, dass eine Zustimmung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände erforderlich ist. Allgemeinverbindliche Tarifverträge verhindern dem gegenüber betriebliche Bündnisse.“</p>	<p>„...Garantie sozialer Bürgerrechte durch [...] einen Mindestlohn für Arbeit.“</p> <p>„Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn.“</p> <p>„Alle sollen Arbeit haben, gerecht entlohnt.“</p> <p>„Wir werden die Tarifautonomie in Deutschland und Europa verteidigen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Gewerkschaften / Tarifpolitik (sonstiges)				
<p>„Um ArbeitnehmerInnen gerade in unsicheren Arbeitsverhältnissen zu stärken, ist in der Arbeitswelt ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften überfällig. Sie können damit zum Beispiel für die Durchsetzung von Mindestlöhnen sorgen.“</p> <p>„Wir brauchen durchsetzungsfähige Arbeitnehmerorganisationen. Eine Schwächung der Tarifautonomie ist mit uns nicht zu machen. Die Verlagerung von Lohnverhandlungen auf die einzelbetriebliche Ebene lehnen wir entschieden ab.“</p>	<p>„...Lohnfindung nicht verstaatlicht..., sondern Aufgabe der Tarifpartner ... Wer Vollzeit arbeitet, soll in der Regel von seinem Einkommen leben können.“</p> <p>„...Tarifautonomie...stärken.“</p> <p>„Die Mini-Jobs sollen erhalten bleiben.“</p>	<p>„...gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen im Verhältnis zu Männern, für Beschäftigte im Osten im Verhältnis zu Beschäftigten im Westen;...“</p>	<p>„Wir wollen die Einkommensgrenze für Minijobs ohne Abgaben für Arbeitnehmer von bisher 400 auf 600 EURO erhöhen.“</p>	<p>„Leiharbeit: ... Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.“</p> <p>„Gerechte Löhne.... Wir werden dafür sorgen, dass sich die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und Frauen ... schließt.“</p>
Bekämpfung von Arbeitslosigkeit				
<p>„Mit unserem grünen New Deal wollen wir in den nächsten vier Jahren eine Million neuer Jobs schaffen, indem wir Zukunftsinvestitionen vorziehen und die ökologischen und sozialen Schwächen unserer Wirtschaftsordnung beseitigen. Dabei setzen wir auf einen Mix aus klarer Ordnungspolitik[...], neuen Finanzierungsinstrumenten[...], veränderten Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt[...] sowie vorgezogenen staatlichen Investitionen[...].“</p> <p>„Wir wollen, dass es für Langzeitarbeitslose auch öffentlich geförderte Beschäftigung gibt.“</p>	<p>„Mit dem Mindesteinkommen gelingt es, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen – mit dem Mindestlohn werden Arbeitsplätze zerstört.“</p> <p>„...effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik,....“</p> <p>„...marktgerechte Arbeitsplätze fördern statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“</p> <p>„Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbestehen.“</p>	<p>„...mit einem Zukunftsfonds Arbeitsplätze sichern und mit einem öffentlichen Investitionsprogramm neue Arbeitsplätze schaffen,....“</p> <p>„...öffentlich geförderter Beschäftigung für Erwerbslose...“</p> <p>„Ein-Euro-Jobs sind in tariflich bezahlte Stellen umzuwandeln.“</p> <p>„...Verbot von Massenentlassungen bei allen Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind...“</p> <p>„...eine Million dieser Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen sowie 500.000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten, gemeinnützigen</p>		<p>„Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Wir fordern die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“</p> <p>„Wir werden die Angebote für Weiterbildung massiv ausbauen.“</p> <p>„..... bleibt Vollbeschäftigung ein Ziel.“</p> <p>„...ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt, dass alle Menschen ihren eigenen Lebensunterhalt durch gerecht bezahlte Arbeit verdienen können. Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem in den Feldern des veränderten gesellschaftlichen Bedarfs.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
		Beschäftigungssektor;“ „...Schutz durch die Arbeitslosenversicherung verbessern...“ „ [...] die Weiterbildung stärken, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen schaffen und die Ansprüche auf Förderung als eine Versicherungsleistung verankern...“		„... bundesweit für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Überprüfung des individuellen Qualifizierungsbedarfs einrichten.“
Kündigungsschutz				
		„...Kündigungsschutz ausweiten...“	„...Kündigungsschutzgesetz muss beschäftigungsfreundlicher werden. Der Kündigungsschutz sollte erst für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren gelten. Der Kündigungsschutz gegen willkürliche Kündigungen bleibt uneingeschränkt für alle Arbeitnehmer bestehen.“	„Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben soziale Rechte..... Der Schutz vor Kündigung [...] sind für die SPD unverzichtbare Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.“
Arbeitszeit / Arbeitsgesetze				
		„...gesetzliche Höchstarbeitszeit senken auf regelmäßig 40 Stunden pro Woche...“		„Wir halten ein Arbeitsvertragsgesetzbuch für begrüßenswert, wenn es von den Sozialpartnern im Konsens erarbeitet wird und vollständig und verständlich die bestehenden Regelungen ohne einen Abbau von Arbeitnehmerrechten bündelt.“ „Flexibilisierung von Arbeitszeit kann und soll ein Vorteil für Arbeitnehmer sein... Zeitsouveränität für Familien, aber auch für ehrenamtliches Engagement.“

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Arbeitsvermittlung				
<p>„Dazu gehört auch ein Wunsch- und Wahlrecht bei der Berufswahl, bei der Auswahl der Qualifikations- und Fortbildungsangebote oder einer dauerhaften Beschäftigung, sowie eine bessere Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement.“</p> <p>„Dazu wollen wir eine zügige Neuorganisation der Jobcenter auf dem Weg einer verfassungsrechtlichen Absicherung der Arbeitsgemeinschaften und der zugelassenen kommunalen Träger erreichen.“</p> <p>„Wir wollen die Zumutbarkeitsregeln beim Arbeitslosengeld II entschärfen.“</p>	<p>„Wir brauchen eine gut arbeitende Bundesagentur für Arbeit (BA).“</p> <p>„Dennoch ist der Weg der Verbesserung auch in der BA nicht abgeschlossen.“</p> <p>„...Betreuung von Menschen, die langzeitarbeitslos sind, in enger Kooperation zwischen den Kommunen und der BA erfolgt. Die Leistungen sollen dabei aus einer Hand erfolgen.“</p> <p>„...Bekenntnis zu Optionskommunen...“</p> <p>„Schwerpunkt der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss das Bemühen um Qualifizierung und Vermittlung sein. [...] Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll den Prinzipien des Förderns und Forderns entsprechen.“</p>	<p>„...die Zumutbarkeit von Arbeit an neue Bedingungen knüpfen: Existenz sicherndes Einkommen schaffen, die berufliche Qualifikation in Wert stellen, am vorherigen Verdienst orientieren, die Ansprüche an Flexibilität und Pendelzeiten senken, die politische und religiöse Gewissensfreiheit achten, freiwillige Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen.“</p>	<p>„Bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit wird das Bürgergeld gekürzt.“</p> <p>„Die FDP spricht sich seit Jahren für eine Übertragung der Aufgaben der örtlichen Arbeitsagenturen und ARGEN auf die Kommunen aus.“</p> <p>„Die FDP will die Bundesagentur [...] auflösen, um ihre Aufgaben in einem Drei-Säulen-Säulen-Modell neu zu ordnen: In einer Versicherungsagentur, die das Arbeitslosengeld auszahlt und Wahlfreiheit bei den Tarifen einräumt. In einer kleinen Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Aufgaben [...] in viele kommunale Jobcenter.“</p> <p>„Um die Vermittlungsgutscheine für Kurzarbeitslose sollen kommunale Jobcenter und private Anbieter konkurrieren.“</p> <p>„Eine vollständige Privatisierung der Arbeitsvermittlung ist nicht vorgesehen.“</p> <p>„Bei der Arbeitslosenversicherung ist das Versicherungsprinzip wieder zu stärken.“</p>	<p>„Wir brauchen [...] mehr Vermittler bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern – und bessere Vermittlung.“</p> <p>„... werden wir sicherstellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Transfergesellschaften eine intensive Unterstützung und Qualifizierung erhalten. Ihnen müssen alle Förderinstrumente der Arbeitsmarktpolitik offen stehen.“</p> <p>„... die Zahl der Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler in Zeiten der wirtschaftlichen Krise aufstocken.“</p> <p>„...verfassungskonforme Nachfolgeregelung für die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen schaffen. Die Zusammenarbeit von Vermittlungssachverständigen und örtlichem Wissen hat sich bewahrt.“</p> <p>„...insbesondere die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Berufsausbildung: Duales System				
<p>„Mit dem System "Dual Plus" wollen wir ein triales Ausbildungssystem einführen [...] Das bestehende "Duale System" soll um eine dritte Säule, die überbetrieblichen Zentren, erweitert werden.“</p> <p>„Wir wollen außerdem die Berufsausbildung durch Modularisierung und verbindliche Anerkennung von Teilqualifikationen flexibler für Betriebe und Auszubildende gestalten.“</p>	<p>„...kontinuierliche Fortentwicklung der Ausbildungsberufe...“</p>		<p>„Das duale Ausbildungssystem hat sich in Deutschland seit Jahrzehnten bewährt.“</p> <p>„Die berufliche Bildung stellt ein zentrales Element der Innovationsfähigkeit eines Staates dar.“</p> <p>„Am Ende jeder Ausbildung muss eine anerkannte Abschlussprüfung stehen.“</p> <p>„Ausbildungsgänge müssen flexibler und modular aufgebaut werden.“</p>	<p>„Wir werden das duale System stärken und die Ausbildungsberufe modernisieren. Wir wollen mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden.“</p>
Berufsausbildung: Ausbildungsumlage/ Ausbildungspakt				
<p>„In den Branchen, in denen unterproportional ausgebildet wird, sollen die Ausbildungskosten durch regionale oder branchenspezifische verpflichtende Umlagesysteme besser zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben verteilt werden.“</p>	<p>„Neue Ausbildungsplätze bleiben auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten unser vorrangiges Ziel. Wir wollen den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft über 2010 hinaus fortführen.“</p>	<p>„Ausbildungsplatzumlage einführen: die Unternehmen an der Finanzierung der Berufsausbildung solidarisch beteiligen.“</p>		<p>„.... Ausbildungspakt weiterentwickeln und streben an, die Ausbildungsplatz-Verpflichtungen der Wirtschaft weiter zu erhöhen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Berufsausbildung: allgemein				
<p>„Eine Ausbildung ist das A und O für den Start in das Berufsleben. [...] Damit alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen, wollen wir neue und flexible Wege zu einer anerkannten Berufsausbildung eröffnen und den unsinnigen Warteschleifen ein Ende machen.“</p> <p>„Die arbeitsmarktpolitischen Angebote für junge Erwerbslose müssen gebündelt und vorrangig in Richtung Schulabschluss und Ausbildung führen.“</p>	<p>„Eine gute Ausbildung ist die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit.“</p>	<p>„...gute und umfassende Berufsausbildung sichern: Schmalspurausbildungen und Warteschleifen abschaffen, Betriebe in die Verantwortung nehmen, Berufsausbildung reformieren und Qualität in den Mittelpunkt stellen; Mitbestimmungsrechte für außerbetriebliche Auszubildende stärken;“</p> <p>„...Ausbildungsentgelte grundsätzlich tariflich vereinbaren, außer- und überbetriebliche Ausbildungen mit betrieblichen gleichstellen...“</p> <p>„...Jugendarbeitsschutz ausbauen...“</p>		<p>„Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben.“</p>
Übergang Schule - Beruf				
<p>„Dafür muss bereits in der Schule die Berufsorientierung einen größeren Stellenwert bekommen und geschlechtssensibel ausgestaltet werden. Produktionsklassen sollen Schulabschlüsse und Übergänge in eine betriebliche Ausbildung fördern.“</p>				<p>„... die Arbeits- und Berufsorientierung soll gemeinsam mit einer umfangreichen Beratung und Berufswahlvorbereitung Pflichtangebot in allen allgemeinbildenden Schulen sein.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Betriebliche Mitbestimmung				
<p>„Wir wollen die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Unternehmen stärken. Die Bildung von Betriebsräten und gewerkschaftliche Organisation sind dafür wichtige Voraussetzungen.“</p> <p>„Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte soll künftig die paritätische Mitbestimmung gelten.“</p>		<p>„Beteiligung von abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften an wesentlichen Entscheidungen der Unternehmen stärken; paritätische Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten auf alle privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ausweiten, die mehr als 100 Beschäftigte haben; die Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen auch in kleineren Betrieben im Betriebsverfassungsgesetz verankern;“</p> <p>„...erzwingbares Initiativrecht für Betriebsräte schaffen, um Einstellungen zu erreichen...“</p> <p>„... Jugendvertretung stärken...“</p> <p>„...paritätische Mitbestimmung in allen Betrieben ab 100 Beschäftigten;“</p>	<p>„Die Kosten der betrieblichen Mitbestimmung müssen begrenzt, die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduziert werden. Ein Betriebsrat sollte erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten gebildet werden und ein Wahlquorum von 50 Prozent erfordern.“</p> <p>„Das Gewerkschaftsprivileg im Aufsichtsrat entspricht nicht mehr der betrieblichen Realität.“</p> <p>„Die Drittelparität [...] muss die paritätische Mitbestimmung ersetzen.“</p>	<p>„Heute zeigt sich, dass die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen ein unverzichtbarer stabiler Erfolgsfaktor ist.“</p> <p>„Erhalt und Stärkung des deutschen Mitbestimmungsmodells [...] Ausweitung der mitbestimmungspflichtigen Geschäfte [...] Mitbestimmungsfreie Zonen reduzieren.“</p> <p>„Mitbestimmung auch generell bei Fragen der Ausbildung und Weiterbildung im Betrieb ausbauen... Rechte der Betriebsräte bei der Frauenförderung in den Betrieben stärken... Kampagne zur Gründung von Betriebsräten starten.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Praktika				
„Wer ein Praktikum macht, darf nicht ausgenutzt werden, sondern soll die Praxis kennen lernen. Ein Praktikum ist ein Ausbildungs- und kein Arbeitsverhältnis. Wir fordern gesetzliche Mindeststandards wie einen Praktikumsvertrag, Bezahlung von mindestens 300 € monatlich, Anspruch auf Urlaub, eine zeitliche Begrenzung und ein Gütesiegel „Faires Praktikum“.“		„...klare gesetzliche Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnissen: Berufseinstieg über reguläre Arbeitsverträge sichern; Praktika mit mindestens 300 Euro im Monat vergüten...“		„Praktika dürfen nicht zur Sackgasse werden. Deshalb wollen wir eine rechtlich bessere Absicherung von Praktikantinnen und Praktikanten gegen die Ausnutzung als billige oder gar kostenlose Arbeitskräfte.“
Sonstige Aussagen aus diesem Politikfeld				
	„Wir stehen weiter ein für unser Ziel „Arbeit für Alle“. Um dies zu erreichen, [...] Bildungs- und Qualifizierungs-offensive starten.“	„...keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen; Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde;...“	„...bereits bei Vertragsschluss statt des gesetzlichen Kündigungsschutzes eine Abfindung beziehungsweise den Anspruch auf eine vom Arbeitgeber zu finanzierende Weiterbildung vereinbaren können. Das generelle Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Einstellungen muss abgeschafft werden.“	„Zahlreiche Übergriffe der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass wir ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz benötigen...“ „Durch Gesetz muss klargestellt werden, dass in der Insolvenz der Lohn für bereits geleistete Arbeit nicht missbräuchlich entzogen werden darf.“

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen

CDU/CSU

Die Linke

FDP

SPD

Soziale Sicherungssystemen/ Steuerpolitik

Grundsicherung etc. / Umbau Sozialversicherungssystem

<p>„Die Zahlung einer sozialen Grundsicherung soll weiterhin an die Bereitschaft geknüpft werden, der Gesellschaft etwas zurückzugeben.“</p> <p>„Mit unserem grünen Progressivmodell wollen wir die Sozialversicherungsbeiträge sozial staffeln und damit Geringverdiener von hohen Abgaben entlasten. Mini- und Midi-Jobs fallen dafür weg. Für alle Einkommen bis 2.000 Euro sollen die Beitragssätze erst langsam und stufenlos ansteigen.“</p> <p>„Die komplizierte Familienförderung wollen wir in eine einheitliche Kindergrundsicherung weiter entwickeln.“</p> <p>„Wir schlagen eine eigenständige und bedingungslose Kindergrundsicherung für alle Kinder vor. Sie soll das sozio-kulturelle Existenzminimum und Freibeträge für Erziehung und Betreuung umfassen, sofern diese Leistungen nicht öffentlich kostenfrei bereitgestellt werden. Die Eltern müssen diese Kindergrundsicherung versteuern.“</p>	<p>„...Mindesteinkommen für Alle...“</p> <p>„Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen.“</p>	<p>„Hartz IV durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen, die Armut tatsächlich verhindert und die 7 Bürgerrechte der Betroffenen achtet...“</p> <p>„...eigenständigen Mindestsicherungsanspruch für Kinder unter Berücksichtigung von eigenem Einkommen und Unterhaltsansprüchen einführen;“</p> <p>„den bedarfsorientierten Kinderzuschlag und das Kindergeld sofort auf je 200 Euro erhöhen; beide Leistungen zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung zusammenführen und ausbauen;“</p>	<p>„Sozialleistungen, die sich aus Steuern finanzieren, sollen möglichst vollständig in einer einzigen Transferleistung – dem Bürgergeld – zusammengefasst werden.“</p> <p>„Im Bürgergeld werden das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst. Die Leistungen werden beim Bürgergeld grundsätzlich pauschaliert gewährt und von einer einzigen Behörde, dem Finanzamt, verwaltet.“</p> <p>„Bei der Berechnung des Bürgergeldanspruches werden alle Erwachsenen und Kinder einer so genannten Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt [...] Kinder erhalten dabei einen eigenen Bürgergeldanspruch im Rahmen der Bedarfsgemeinschaft.“</p> <p>„Der Bürgergeldanspruch für einen Alleinstehenden ohne Kinder soll im Bundesdurchschnitt 662 Euro pro Monat betragen.“</p>	<p>„Der Umbau der sozialen Sicherung hin zu Bürgersozialversicherungen ist unser Leitprinzip...“</p> <p>„Weiterentwicklung von Kinderzuschlag und Wohngeld helfen [...] Familien vor Armut zu schützen.“</p> <p>„Wir wollen eigenständige, bedarfsgerechte Kinderregelsätze durch eine zielgenauere Bedarfsermittlung verbessern.“</p>
--	--	--	--	--

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Arbeitslosengeld / Hartz IV				
<p>„Auch wer ohne Erwerbsarbeit ist oder sich aus anderen Gründen in einer Notlage befindet, muss ein Leben in Würde und Selbstbestimmung führen und sich auf eine armutsfeste Existenzsicherung verlassen können.“</p> <p>„Wir wollen die Regelsätze für Erwachsene sofort auf zunächst 420 Euro erhöhen.“</p> <p>“Für Kinder und Jugendliche brauchen wir deshalb endlich Regelsätze, die den tatsächlichen Bedarf abdecken.“</p> <p>„Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche wollen wir auf eine neue Berechnungsgrundlage stellen, die ihre tatsächlichen Bedarfe berücksichtigt und sie ebenfalls sofort anheben.“</p>	<p>„Schwerpunkt der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss das Bemühen um Qualifizierung und Vermittlung sein. Wir wollen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Anreize zur Arbeit durch die Neuordnung der Hinzuverdienstregelungen sowie eine konsequente Missbrauchsbekämpfung verstärken. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll den Prinzipien des Förderns und Forderns entsprechen</p>	<p>„Hartz IV-Empfängerinnen und -empfänger sollen monatlich einen Mindestsatz von 500 Euro erhalten ...“</p> <p>„...höherer Regelsatz sofort für Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach Hartz IV beziehen“</p> <p>„...angemessene Wohnkosten in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen ersetzen (Maßstab: Kriterien sozialer Wohnungsbau plus zehn Prozent, Bruttowarmmiete)...“</p> <p>„...Bedarfsgemeinschaft abschaffen, ...“</p> <p>„die Vermögensfreigrenzen auf 20.000 Euro pro Person heraufsetzen und das Schonvermögen für die Altersvorsorge auf 700 Euro pro Lebensjahr anheben;“</p>	<p>„Bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit wird das Bürgergeld gekürzt.“</p> <p>„Dazu soll die Anrechnung eigenen Arbeitseinkommens auf das Bürgergeld neu ausgestaltet werden.“</p>	<p>„Es wird auch weiterhin eine regelmäßige Überprüfung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und gegebenenfalls dessen bedarfsgerechte Erhöhung geben.“</p>
Kinderarmut				
<p>„Wir werden nicht hinnehmen, dass Leben mit Kindern ein Armutsrisiko bedeutet und ein Viertel aller Kinder in Deutschland in Armut lebt.“</p> <p>„Armut von Kindern hat viele Gesichter: Chancenarmut und Mangel an Entwicklungsmöglichkeiten, aber eben auch materielle Armut. Kinder kann man von 211 Euro nicht gesund ernähren, ausreichend einkleiden, mit Schul- und Bildungsmaterialien versorgen und angemessen an gemeinsamen Aktivitäten mit anderen teilhaben lassen. Für</p>		<p>„...eigenständigen Mindestsicherungsanspruch für Kinder unter Berücksichtigung von eigenem Einkommen und Unterhaltsansprüchen einführen;“</p> <p>„Kinderarmut dauerhaft verhindern: den bedarfsorientierten Kinderzuschlag und das Kindergeld sofort auf je 200 Euro erhöhen; beide Leistungen zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung zusammenführen und ausbauen; familienpolitische Leistungen für alle in Deutschland lebenden Kinder und Familien unabhängig von Staats-</p>		<p>„Aktionsplan gegen Kinderarmut. Zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen brauchen wir eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Hauptursachen von Armut sind Arbeitslosigkeit oder ein unzureichendes Erwerbseinkommen der Eltern. Neben der materiellen Armut gefährden ungleiche Bildungschancen, gesundheitliche Beeinträchtigungen und soziale Ausgrenzung die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb werden wir einen abgestimmten Aktionsplan</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>Kinder und Jugendliche brauchen wir deshalb endlich Regelsätze, die dem entwicklungs- und bildungsbedingten Bedarf von Kindern und Jugendlichen gerecht wird. Wir setzen uns für eine Kindergrundsicherung ein, die jedes Kind, entsprechend seiner individuellen Bedürfnisse fördert – damit jedes Kind, egal welcher Herkunft, eine Zukunft, bekommt.“</p> <p>„Um solche Armutskarrieren zu durchbrechen, muss vieles ineinandergreifen: Es braucht gute Kindertagesbetreuung und Schulen, wichtige Infrastruktur für Kinder wie Schwimmhallen und Bibliotheken dürfen nicht schließen, Eltern müssen in ihrer Kompetenz unterstützt werden und nicht zuletzt muss auch für ein bedarfsgerechtes Auskommen der Familien gesorgt sein. Kinder kann man mit 211 EUR nicht gesund ernähren und ihnen eine kindgerechte Entwicklung ermöglichen.“</p>		<p>bürgerschaft und Aufenthaltsstatus auszahlen;“</p>		<p>gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen umsetzen, in dem wir Maßnahmen aus allen Politikbereichen zu einer integrierten Strategie bündeln.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Umbau Steuersystem				
<p>„Unser Ziel ist darüber hinaus eine sozial gerechte Reform der Einkommenssteuer. Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 45% anheben. Dieser Spitzensteuersatz soll [...] aber erst bei einem höheren Einkommen als heute wirksam werden.“</p> <p>„... deutliche Erhöhung des Grundfreibetrags von derzeit 8004 auf 8500 Euro.“</p> <p>„Bei den Regelungen zur Besteuerung der Einkommen aus der Kindergrundsicherung müssen die Familiengröße ebenso berücksichtigt werden, wie Fragen des Unterhaltes.“</p>	<p>„Senkung des Eingangssteuersatzes:...Deshalb wollen wir den Eingangssteuersatz in einem ersten Schritt von 14 Prozent auf 13 Prozent und in einem zweiten Schritt auf 12 Prozent senken.“</p> <p>„Der Höchststeuersatz,... soll künftig ab 55.000 Euro und später ab 60.000 Euro zum Zuge kommen. Der Steuersatz bleibt dabei unverändert.“</p> <p>„Wir werden in der nächsten Legislaturperiode das Besteuerungsverfahren deutlich vereinfachen und die Steuerverwaltung nachhaltig entlasten.“</p>	<p>„...Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzern-Gewinne erhöhen.“</p> <p>„...die Steuerbelastung bis zum Spitzensteuersatz von 53% linear ansteigen lassen, der ab einem zu versteuernden Einkommen von 65.000 Euro erhoben werden soll. Das bedeutet, dass Steuerpflichtige von jedem Euro, den sie über 84.000 Euro pro Jahr verdienen, 53 Cent abführen müssen und 47 Cent behalten können;“</p> <p>„...höhere Erbschaftssteuer realisieren...“</p> <p>„Die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen: Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent besteuern;“</p>	<p>„Unser einfacher und verständlicher Stufentarif mit Grundfreibetrag (Steuersatz 0 Prozent) und den drei weiteren Stufen von 10, 25 und 35 Prozent senkt die Steuerbelastung [...]. Dazu erhält jeder Bürger – ob Erwachsener oder Kind – einen Grundfreibetrag von 8.004 Euro. Für Einkommen, das den Grundfreibetrag übersteigt, gilt für die ersten 20.000 Euro zu versteuerndem Einkommen ein Steuersatz von 10 Prozent, für Einkommenssteile zwischen 20.000 Euro und 50.000 Euro ein Steuersatz von 25 Prozent, für Einkommenssteile ab 50.000 Euro ein Steuersatz von 35 Prozent.“</p>	<p>„Wir bieten allen 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen an, künftig per Postkarte an das Finanzamt auf die jährliche Einkommensteuererklärung verzichten zu können. Damit sich das für die Steuerzahler rechnet, erhalten Ehepaare einen Lohnsteuer-Bonus in Höhe von 600 Euro und Singles in Höhe von 300 Euro pro Jahr... „</p> <p>„...auf absehbare Zeit keinen Spielraum für flächendeckende Steuersenkungen [...] Wir wollen die Entlastungen daher auf die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie die Familien konzentrieren.“</p> <p>„... Absenkung des Eingangssteuersatzes von bislang 14 % auf 10 %.... „</p> <p>„...Zuschlag als „Bildungssoli“ bei der Besteuerung höchster Einkommen vor.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Steuern und Familie/ Zukunft Ehegattensplitting				
<p>„Wir brauchen einen Umbau der Sozialversicherungen und des Steuersystems, bei dem perspektivisch die vom Partner abgeleiteten Ansprüche zugunsten einer individuellen Absicherung abgeschafft werden. [...] Bestehende negative Erwerbsanreize wie das Ehegattensplitting, die Steuerklassen 3 und 5, die Subventionierung von Minijobs oder die kostenfreie Mitversicherung von EhegattInnen sollen perspektivisch wegfallen.“</p> <p>„Das Ehegattensplitting – das die Ehe fördert und nicht das Leben mit Kindern – wollen wir zur Individualbesteuerung weiter entwickeln. Damit wird das derzeitige Lohnsteuerklassensystem weitgehend vereinfacht. Die Steuerklassen III, IV und V werden überflüssig.“</p> <p>„Die eingetragenen Lebenspartnerschaften wollen wir im Steuerrecht der Ehe gleichstellen. Wir wollen nur noch eine Steuerklasse mit einem Tarif und die persönlichen Freibeträge entsprechend anpassen. Das Steuermehrkommen sollen die Länder für mehr Bildung und den Ausbau der Kinderbetreuung einsetzen.“</p>		<p>„Ehegattensplitting abschaffen: individuelle Besteuerung einführen; tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich fördern;“</p> <p>„Personen und Familien mit niedrigen und durchschnittlichen Einkommen entlasten und Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen stärker heranziehen;“</p> <p>“...den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöhen, so dass mehr als 12.000 Euro brutto im Jahr steuerfrei bleiben;“</p>	<p>Die Einführung eines Grundfreibetrags von 8.004 Euro für Erwachsene und Kinder bedeutet für viele Familien, dass sie keine Einkommensteuer mehr zahlen müssen.“</p>	<p>„Wir wollen das Ehegattensplitting so verändern, dass für beide Partner Erwerbsanreize gegeben sind, die Steuerlast zwischen den Eheleuten gerecht verteilt wird und der Splittingvorteil bei hohen Einkommen gekappt wird.“</p> <p>„Kinderfreibetrag ab dem 1. Januar 2010 um weitere 200 Euro je Kind erhöhen und ... eine verfassungsgemäße Familienbesteuerung garantieren.“</p> <p>„... streben wir die Umgestaltung der Kinderfreibeträge in einen Kindergrundfreibetrag an, der alle Kinder gleich fördert.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen

CDU/CSU

Die Linke

FDP

SPD

Aussagen zur Familienpolitik

Vereinbarkeit Familie und Beruf: Kinderbetreuung

	<p>„Wir wollen nicht, dass Eltern zu einem Lebensmodell gedrängt werden, das sie nicht wollen. Vielmehr sollen sie selbst entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen. Wir sorgen deshalb für mehr und bessere Betreuungsangebote. Für Kinder unter drei Jahren wird bis 2013 mit Unterstützung des Bundes durch Länder, Kommunen und freie Träger ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen. Danach gilt ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr.“</p> <p>„Den Kindergartenbesuch wollen wir langfristig beitragsfrei ermöglichen. Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung.“</p>	<p>„...Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr einführen; Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen flexibel gestalten;“</p>	<p>„Für die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern sind ausreichend zeitlich flexible und qualitativ gute Kinderbetreuungsangebote in Einrichtungen und bei Tagesmüttern und –vätern zu schaffen. Die FDP setzt sich auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene für die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung ein, um Familien zu entlasten und um die Bedeutung der vorschulischen Bildung zu unterstreichen.“</p> <p>„Deshalb ist es sinnvoller, für jedes einzelne Kind Bildungs- und Betreuungsgutscheine einzuführen und damit die Subjektförderung zu stärken, statt Einrichtungen zu unterstützen (Objektförderung). Darüber hinaus setzt sich die FDP für einen Rechtsanspruch auf einen ganztätigen Kinderbetreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres eines Kindes ab 2013 ein.“</p> <p>„Die FDP fordert einen bedarfsgerechten Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuungsangebote für Kinder ab dem ersten Lebensjahr ...“</p>	<p>„Neben den familienpolitischen Initiativen, wie dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, die wir durchgesetzt haben, wollen wir auch den Ausbau von Betriebskindergärten weiter vorantreiben.“</p> <p>„Wir haben durchgesetzt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Dieser Rechtsanspruch soll zu einem Anspruch auf Ganztagsbetreuung ausgeweitet werden. Wir wollen eine Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung.“</p> <p>„Um in allen Fragen des Betreuungsausbaus zügig voranzukommen, wollen wir eine Nationale Kinderkonferenz einrichten.“</p>
--	--	---	---	---

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Vereinbarkeit Familie und Beruf: Betreuungsgeld				
„Außerdem darf das ab 2013 geplante Betreuungsgeld nicht eingeführt werden.“	„Wir werden die Zusage einlösen, dass Eltern ab 2013 ein Betreuungsgeld monatlich erhalten, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Das Betreuungsgeld ist unbürokratisch auszugestalten. Wenn die Ausbauziele für die Kinderbetreuungseinrichtungen bereits vor 2013 erreicht werden, wollen wir auch das Betreuungsgeld vorzeitig einführen.“		„Die Einführung eines Betreuungsgeldes lehnt die FDP ab.“	
Vereinbarkeit Familie und Beruf: Elternzeit, Arbeitswelt, Sonstiges				
„Junge Eltern müssen sicher sein, dass sie nach der Elterngeldzeit das Leben mit ihrem Kind und eine Berufstätigkeit miteinander verbinden können.“ „Ziel ist die paritätische Aufteilung der Elternzeit.“	„Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.“ „Wir werden einen umfassenden Bericht über Wiedereinsteigerprogramme für Berufsrückkehrer – vor allem Mütter und Väter nach einer Familienphase – ins Arbeitsleben vorlegen, gezielte Weiterbildungskonzepte entwickeln und anbieten und die Tarifpartner ermutigen, mit neuen flexiblen Arbeitszeitmodellen den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern.“ „Wir wollen mehr Flexibilität zur Berücksichtigung familiärer und betrieblicher Erfordernisse. Deshalb werden wir – ohne Ausweitung des Gesamtanspruchs – den Anspruch der Eltern auf Freistellung bei Krankheit der Kinder um einen Anspruch der Großeltern bei Krankheit ihrer Enkel ergänzen.“	„Arbeit familienfreundlich gestalten: Rechte von abhängig Beschäftigten mit Kindern stärken...“	„Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, Familienleben und Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen.“ „Alleinerziehende benötigen besondere Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit sie ihre Existenz sichern können.“ „Die FDP fordert [...] die Schaffung von flexiblen Arbeitszeitmodellen.“	„...muss ein Anspruch auf Teilzeitarbeit auch befristet mit einer Mindestdauer von zwei Jahren ermöglicht werden. Für unerwartet eintretende Pflegesituationen wollen wir bis zu zehn Tage bezahlte Freistellung einführen.“

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Finanzielle Förderung: Allgemein				
<p>„Wir werden nicht hinnehmen, dass Leben mit Kindern ein Armutsrisiko bedeutet und ein Viertel aller Kinder in Deutschland in Armut lebt.“</p> <p>„[...] wollen wir einen bedarfsgerechten Sockelbetrag für Geringverdienende und Studierende einführen.“</p>	<p>„Familien wollen wir zusätzlich entlasten.“</p> <p>„Kinder zu haben, darf nicht zu Benachteiligung führen. Gemeinsam mit der steuerlichen Besserstellung von Familien durch die Anhebung des Grundfreibetrages ist auch das Kindergeld anzuheben. Weil es Familien mit mehreren Kindern besonders schwer haben, wollen wir das Kindergeld für das dritte Kind und für jedes weitere Kind verbessern.“</p> <p>„Wir wollen die Bedingungen für den Kinderzuschlag weiter verbessern. Es darf nicht sein, dass erwerbstätige Eltern auf die Grundsicherung angewiesen sind, nur weil sie Kinder haben.“</p>	<p>„staatliche Subvention des überholten Familienmodells beenden: dem Modell mit einem Mann als Ernährer und der Frau bestenfalls als Zuverdienerin die einseitige gesetzliche Förderung entziehen;“</p>	<p>„Das Kindergeld wird auf 200 Euro pro Kind und Monat für die Familien angehoben.“</p> <p>„Die Steuerklasse V, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonders für Frauen nach einer Familienpause steuerlich häufig unattraktiv erscheinen lässt, wird abgeschafft.“</p> <p>„Eltern, die sich für eine gemeinsame Teilzeitregelung entscheiden, dürfen nicht benachteiligt werden.“</p>	<p>„Wir wollen Zuschüsse zum Einkommen so gestalten, dass niemand, weil er oder sie Kinder hat, in die Grundsicherung für Arbeitsuchende abrutscht. Zu diesem Zweck wollen wir den Kinderzuschlag in Verbindung mit dem Wohngeld weiterentwickeln, um erwerbstätige Eltern zu fordern. Wir wollen ein Wahlrecht zwischen Kinderzuschlag und Wohngeld auf der einen und Grundsicherung auf der anderen Seite schaffen.“</p> <p>„ Voraussetzungen für den Unterhaltsvorschuss flexibel gestalten.“</p>
Finanzielle Förderung: Elterngeld				
<p>„ Wir wollen das Elterngeld weiterentwickeln.“</p>	<p>„Wir wollen das Elterngeld weiterentwickeln und Eltern sowie Betriebe durch die Einführung eines Teilerntergeldes unterstützen: Eltern können wählen, ob sie einen vollen oder einen halben Elterngeldmonat nutzen. Teilerntergeld kann dann bis zu 28 Monate bezogen werden. Die Eltern arbeiten reduziert, erhalten für das ausfallende Einkommen Teilerntergeld [...]“</p>	<p>„Elterngeld zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickeln: für Väter und Mütter einen nicht übertragbaren gleichen Anspruch auf jeweils zwölf, für Alleinerziehende 24 Monate schaffen; Inanspruchnahme in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes ermöglichen;“</p>	<p>„Die FDP fordert, das Elterngeld an das Brutto- und nicht an das Nettoerwerbseinkommen zu knüpfen, ...“</p>	<p>„Wir wollen, dass Mütter und Väter gleichzeitig Elterngeld und Elternzeit in Anspruch nehmen können. Dafür wollen wir die Zahl der Partnermonate von zwei auf vier („12+4-Modell“) erhöhen und den gleichzeitigen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von sieben auf sechzehn Monate erweitern.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Sonstige Aussagen zur Familienpolitik				
	<p>„Es ist unsere Politik, Familien Wahlmöglichkeiten zu schaffen und in unserer Gesellschaft insgesamt ein Klima zu fördern, das auf Respekt für unterschiedliche Lebensmodelle fußt.“</p> <p>„CDU und CSU wollen eine familiengerechte und kinderfreundliche Gesellschaft in Deutschland.“</p> <p>„Wir respektieren die Entscheidungen von Menschen, in vielfältigen Formen des Zusammenlebens ihren Lebensentwurf zu verwirklichen. Dies gilt für die Ehe und für nichteheliche Lebensgemeinschaften von Frauen und Männern ebenso wie für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Eine vollständige rechtliche Gleichstellung solcher Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen CDU und CSU ab.“</p> <p>„Wir wollen die von den öffentlichen Händen für Familien und Kinder aufgewendeten Mittel pro Kind erhöhen. Sinkende Kinderzahlen sollen nicht zu Minderausgaben für Familienförderung, Kinderbetreuung oder Bildung führen. Wir wollen die Zuständigkeiten für einzelne Maßnahmen der Familienförderung besser auf einander abstimmen. Familienleistungen sollen den Eltern möglichst aus einer Hand angeboten werden.“</p>			<p>„Wir wollen Familien stärken. Sie sind die wichtigste soziale Einheit in unserer Gesellschaft. Wir wollen die Bedingungen so gestalten, dass der Zusammenhalt zwischen den Generationen tragfähig ist. Familien brauchen verlässliche Strukturen. Sie sollen sozial sicher sein, die Eltern sollen Beruf und Familie miteinander verbinden können. Die Kinder müssen geschützt sein. Die Lage der Alleinerziehenden wollen wir deutlich verbessern.“</p> <p>„Gezielte Unterstützung für Alleinerziehende [...] Hierzu gehört eine spezialisierte Betreuung in den Arbeitsagenturen, die besser als bisher auch mit der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen vernetzt ist.“</p> <p>„...damit zukünftig der Vorschuss konsequent von den Unterhaltspflichtigen zurückgefordert wird.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
	<p>„CDU und CSU wollen den unterschiedlichen Lebensumständen und Lebensentwürfen von Alleinerziehenden ebenso gerecht werden wie jedem Kind. Alleinerziehende sind in der Mehrzahl nicht nur ebenso gut ausgebildet wie Eltern in einer Partnerschaft, sie wollen auf eigenen Beinen stehen und ihre Kinder fördern. Weil sie den Alltag mit ihren Kindern allein meistern müssen, brauchen sie Unterstützung.“</p>			

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Aussagen zu Migrations- und Ausländerpolitik				
Staatsbürgerschaft				
<p>„Wir wollen Einbürgerung in Deutschland erleichtern – auch durch die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit und durch Senkung der Gebühren für die Einbürgerung.“</p> <p>„Junge Deutsche, die auch noch den Pass eines anderen Staates haben, müssen die deutsche Staatsbürgerschaft behalten dürfen, auch wenn sie nach ihrem 23. Geburtstag die andere Staatsangehörigkeit nicht aufgeben wollen. Der von der FDP durchgedrückte Optionszwang muss weg.“</p>	<p>„Der Wille zur Einbürgerung ist das aktive Bekenntnis zu unserem Land und das Bekenntnis zu den Werten unseres Grundgesetzes. Die Annahme unserer Staatsbürgerschaft ist – verbunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit zu unserem Land und zur wechselseitigen Verantwortung seiner Bürger. Sie bringt die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Sie kann Integration nicht ersetzen und ist kein Mittel, sondern stärkster Ausdruck einer erfolgreichen Integration.“</p>	<p>„Die Einbürgerung muss wieder erleichtert werden. Doppelte Staatsbürgerschaften sollten grundsätzlich möglich sein.“</p>	<p>„Die Integration kann jedoch auch durch doppelte Staatsbürgerschaft gefördert werden,...“</p>	<p>„Wir erleichtern den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Menschen, die in unserem Land geboren sind oder seit langem mit uns zusammenleben. Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir – die Menschen sollen sich mit dem Land ihrer Herkunft und mit Deutschland identifizieren.“</p>
Integration				
<p>„Wir wollen [...] Integration über gesellschaftliche Teilhabe und einer Politik der gleichen Rechte erreichen.“</p>	<p>„Deutschland ist Integrationsland. Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund ist für Deutschland eine Schlüsselaufgabe.“</p> <p>„Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Die Integrationskurse haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die erfolgreiche Teilnahme weiter erhöhen.“</p> <p>„Die Mitarbeit in Vereinen bietet be-</p>	<p>„soziale Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten beenden: Migrationspolitik nach arbeitsmarktlichen Nützlichkeitskriterien beenden; Familiennachzug für Kinder und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerinnen und -partner ermöglichen“</p>	<p>„Deutschland ist ein Einwanderungsland. Liberale sehen das Zusammenleben verschiedener Kulturen als Chance und Bereicherung an. Die FDP plädiert für eine rationale Integrationspolitik, die Integrationsprobleme nicht verschweigt. Deutschland hat Nachholbedarf in der Integrationspolitik. Die FDP will die individuelle, auch nachholende Integration. Die Steuerung der Zuwanderung durch die Einführung eines Punktesystems ist überfällig.“</p> <p>„Unverzichtbare Voraussetzung sind vor allem das Beherrschen der deutschen Sprache, Kenntnis und Achtung unserer Verfassung und deren Grund-</p>	<p>„Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ihr Gelingen entscheidet sich in den Städten und Gemeinden.“</p> <p>„Wir wollen Einwanderer in ihrem Mut stärken, in Deutschland ihre Heimat zu finden, und sie in ihren Anstrengungen fördern, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben. Dazu ist der Spracherwerb die erste und wichtigste Voraussetzung. Das allein genügt aber nicht. Sondern dazu gehören auch die öffentliche Förderung der Migrantenkulturen und ganz besonders der Bereich der interkulturellen Bildung.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
	sondere Chancen zur Integration. Das wollen wir nutzen und fördern. Das Engagement vermittelt die positive Erfahrung der gesellschaftlichen Anerkennung.“		werte sowie die Bereitschaft zur Integration auf beiden Seiten.“	
Politische Teilhabe/ Wahlrecht				
„Wir setzen uns für die verstärkte politische Teilhabe von MigrantInnen ein. Dazu gehört ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen, entsprechend der für EU-Bürger geltenden Fristen.“	„Ein generelles kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab...“	„... aktives und passives kommunales Wahlrecht gewähren...“	„Wir setzen uns daher für ein kommunales Wahlrecht aller Migranten ein, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Land aufhalten.“	„Für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, werden wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen.“
Kinder und Jugendliche				
„Das Lernen und Lehren der deutschen Sprache ist deshalb ein zentraler Bildungsauftrag für Kindergärten und Grundschulen. Hinzu kommen muss die Förderung der Erstsprache. Wer seine Muttersprache nicht beherrscht, lernt auch nur mit Schwierigkeiten Deutsch.“	„Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können.“ „Wir wollen die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken. Eine frühe Förderung hilft insbesondere auch Zuwandererfamilien. Um dem Einzelnen und seinen Begabungen gerecht zu werden, brauchen Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien mehr Lehrerinnen und Lehrer, darunter auch solche mit Migrationserfahrung. [...] Unser Ziel ist, die Zahl der Schulabbrecher bis 2012 zu halbieren und das Bildungsniveau der Migrantenkinder an das Bildungsniveau der einheimischen Kinder anzugleichen.“			„Besonders die Kinder und Jugendlichen wollen und müssen wir erreichen. Sie brauchen besondere Forderung, damit Chancengleichheit in Kindergarten, Schule und Beruf möglich wird.,, „Die Benachteiligung von Einwanderkindern beenden.“ „Dazu brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Wir wollen mit besonderen Förderprogrammen und Modellprojekten dazu beitragen, dass die Position von Migrantinnen und Migranten im Erwerbsleben besser wird.“

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Migration und Arbeitsmarkt				
<p>„Um die Potentiale die junge Migrantinnen haben sichtbar zu machen, setzen wir uns für die Stärkung von Migrantinnennetzwerken, eine Erhöhung des Migrantinnenanteils im öffentlichen Dienst und erleichterte Anerkennung von Berufsabschlüssen, die nicht in Deutschland erworben wurden ein.“</p> <p>„Bei der Ausbildungs-, Studienplatz- und Berufswahl wollen wir junge Frauen und junge Männer darin unterstützen, verstärkt neue Wege auszuprobieren. Dann würden auch weniger Fachkräfte fehlen.“</p>	<p>„Wir wollen die Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen verbessern und dafür eine zentrale Anlaufstelle einrichten.“</p> <p>„Wir wollen die Erwerbsquote der Frauen mit Migrationshintergrund erhöhen.“</p>	<p>„Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten wertschätzen: die im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen, Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen anerkennen.“</p>	<p>„Das Auswahlverfahren zielt in erster Linie auf hoch qualifizierte Arbeitnehmer verschiedenster Berufe, von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Fortentwicklung unseres Landes zu erwarten ist.“</p>	<p>„Wir wollen qualifizierte Einwanderung besser ermöglichen und steuern. Gleichzeitig wollen wir die Menschen, die bereits im Lande sind, in den Arbeitsmarkt integrieren.“</p> <p>„...planen wir eine bessere Anerkennung von Qualifikationen aus Herkunftsländern.“</p> <p>„Einen weiteren Schwerpunkt werden wir auf die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern legen, die noch besser bei der Einbeziehung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden müssen.“</p>
Flüchtlingspolitik/ Asyl/ Bleiberecht				
<p>„Wir wollen eine gestaltete Einwanderungspolitik und eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik. [...] Deshalb lehnen wir eine Abschottung der Außengrenzen der EU ab</p> <p>„Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, die auf der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention beruht.“</p> <p>„Diese Residenzpflicht verstößt gegen das Recht auf Freizügigkeit. Sie gehört abgeschafft, ebenso wie „Ausreisezentren“ genannte menschenunwürdige Sammelunterkünfte und das Flughafenverfahren...“</p>	<p>„Die Bestrebungen der EU, das Asylrecht EU-weit weitestgehend einheitlich zu regeln, würden zu einer Aufweichung des deutschen Asylkompromisses führen. Wir lehnen sie deshalb ab.“</p>	<p>„Das Asylrecht im Grundgesetzsubstantiell wiederherstellen; die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt gelten lassen und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umsetzen; geschlechtsspezifische Fluchtursachen als Asylgrund umfassend anerkennen...“</p> <p>„Flucht vor bürgerkriegsähnlichen, nichtstaatlichen Auseinandersetzungen, vor Milizen und Warlords als Grund für bleibendes Asyl anerkennen;“</p> <p>„Asylgewährung nicht widerrufen: anerkannte Flüchtlinge als gleichbe-</p>	<p>Die FDP steht für eine humanitäre Zuwanderungspolitik auf Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts. Die Zusammenarbeit im Einwanderungs- und Asylbereich auf EU-Ebene darf nicht zu einem Absenken auf das niedrigste Niveau führen.“</p>	<p>„Für die Menschen, die aus ihrer Heimat nach Deutschland geflüchtet sind, muss gelten, dass wir die humanitären Spielräume konsequent nutzen. Außerdem müssen Flüchtlinge angemessenen Zugang zu sozialen Leistungen erhalten. Für Opfer von Zwangsheirat wollen wir ein erweitertes Wiederkehrrecht einführen.</p> <p>„Wir setzen uns für die Abschaffung der Kettenduldungen ein – kann der Aufenthalt aus humanitären Gründen nicht beendet werden, soll ein Aufenthaltstitel erteilt werden.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>„Wir treten ein für die umfassende Umsetzung der Kinderrechtskonvention in unserem Land und die Rücknahme der deutschen Vorbehalte, die vor allem negative Auswirkungen auf Flüchtlingskinder haben.“</p> <p>„Wir wollen eine großzügige Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende Menschen, die bislang nur geduldet wurden.“</p> <p>„Die Drittstaatenregelung ist inhuman. Wir setzen uns für ein Recht auf Asyl im Grundgesetz ein, das seinen Namen auch verdient.“</p> <p>„Das Asylbewerberleistungsgesetz [...] muss weg.“</p> <p>„Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung erhalten und dass ihre Kinder ungehindert Kindergärten und Schulen besuchen können.“</p>		<p>rechtigte Bürgerinnen und Bürger behandeln;“</p> <p>„Kettenduldungen beenden; Asylbewerberleistungsgesetz und Residenzpflicht abschaffen; für Hunderttausende „Illegale“ elementare Menschenrechte wie die Behandlung von Erkrankungen sichern.“</p> <p>„Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen; länger hier lebenden Menschen – unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status – ein gesichertes Bleiberecht gewähren;“</p> <p>„...die UN-Kinderrechtskonvention umsetzen: für minderjährige Flüchtlinge das Ausländer- und Asylrecht entsprechend anpassen.“</p> <p>„Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen beenden;“</p>		

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Sonstige Aussagen aus diesem Politikfeld				
<p>„Auch in Deutschland sind viele Mädchen, die durch Flucht oder Migration hierher kommen, von Genitalverstümmelung betroffen. Wir wollen die ausdrückliche Aufnahme dieser Menschenrechtsverletzung ins Strafgesetzbuch und eine umfassende Informationskampagne.“</p>				<p>„Alle Formen der Diskriminierung, ob wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität, bekämpfen wir. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderer haben mitgeholfen, unser Land erfolgreich zu machen. Jetzt ist es an der Zeit, mit deren Kindern und Enkeln ein modernes, gemeinsames Deutschland zu schaffen.“</p> <p>„Wir wollen den Zuzug von ausländischen Ehegatten zu Deutschen und Ausländern erleichtern.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Aussagen zur Bildungspolitik				
Frühkindliche Bildung				
<p>„Dafür brauchen wir endlich einen Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige und vor allem ganztägige frühkindliche Betreuung und Bildung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr und ein flächendeckendes, hochwertiges Angebot an Kitas, Kindergärten und echten Ganztagschulen.“</p> <p>„Wir GRÜNE wollen, dass Bund, Länder, Kommunen und Träger von Kindertagesstätten sich auf bundesweit gültige Betreuungsstandards verständigen und diese gemeinsam anstreben.“</p> <p>„Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für unsere Kindertageseinrichtungen.“</p> <p>„Perspektivisch sollen alle Erzieherinnen auf Hochschulniveau ausgebildet werden.“</p> <p>„Die Qualifizierung und Weiterbildung von Tagesmüttern wollen wir bundeseinheitlich sichern.“</p>	<p>„Wir wollen den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher attraktiver gestalten und einen Schwerpunkt auf Weiterbildung setzen. Der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder wird neue Berufschancen eröffnen.“</p> <p>„Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Wir unterstützen die gezielte Sprachförderung vor der Schule, verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme“</p> <p>„Wir wollen die Qualität in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Kräfte, in der pädagogischen Konzeption und auch in der Zusammenarbeit mit den Eltern fördern.“</p>	<p>„...die „Ausstattungsvorsprünge“ Ostdeutschlands bei der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und der vielgliederten kulturellen Landschaft erhalten, zum Maßstab machen, auf den Westen übertragen und qualitativ ausbauen;“</p> <p>„Bildungsberufe aufwerten: Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau und den Master-Abschluss für alle Lehrerinnen und Lehrer einführen; gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung herstellen;“</p>	<p>„Mit den Gutscheinen können die Eltern Bildungsangebote für ihre Kinder nutzen, wie zum Beispiel Krippen, Musikschulen oder Sportvereine. Im vierten Lebensjahr müssen Kinder verpflichtend auf ihren sprachlichen Entwicklungsstand geprüft werden. Kinder mit Schwächen sollten dann intensiv und – im Vorgriff auf die Schulpflicht – verbindlich gefördert werden, zum Beispiel im Rahmen der Start-Klasse. Ab dem fünften Lebensjahr wollen wir eine verbindliche Schulvorbereitung, in der Begabungen gefördert und Schwächen systematisch behoben werden.“</p> <p>„Um die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu sichern, ist eine Fortbildungsoffensive für Erzieherinnen und Erzieher unverzichtbar.“</p> <p>„Bundesweit vergleichbare Qualitätsstandards im Bereich der vorschulischen Bildung helfen, die Arbeit in den Einrichtungen[...] zu verbessern.“</p>	<p>„Die Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung steht für uns an erster Stelle aller Anstrengungen, denn es geht um das einzelne Kind. Wir brauchen einen besseren Personalschlüssel in Krippen, Kindertagesstätten und in der Tagespflege, der bundeseinheitlich im SGB VIII geregelt wird.“</p> <p>„Verbindliche Zusammenarbeit von Kita und Schule. Wir wollen, dass alle Kinder mit guten Startchancen in die Schule kommen. Deshalb wollen wir die Schulvorbereitung in der Kita stärken. Die verbindliche Sprachförderung muss Schwerpunkt der vorschulischen Bildung sein, damit alle Kinder gut vorbereitet in die erste Klasse kommen.“</p> <p>„Erziehungsarbeit aufwerten. Erzieherinnen und Erzieher leisten wichtige Arbeit, sie tragen große Verantwortung. Die SPD wird daher für eine bessere Aus- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sorgen und damit die Voraussetzungen für eine angemessene Bezahlung verbessern.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Schule				
<p>„Aber auch in anderen Institutionen wollen wir die Rechte der Beteiligten stärken. In Schulen etwa, in denen wir Schülern und Eltern mehr Mitbestimmungsrechte geben wollen.“</p> <p>„Wir wollen, dass alle Kinder mindestens bis zur 9. Klasse gemeinsam lernen.“</p> <p>„Wir fordern eine Reform[...] achtjährigen Gymnasiums.“</p> <p>„Fächerübergreifender Unterricht, Teams aus Lehrerinnen, Erziehern und Sozialpädagogen, die gemeinsam für die Schüler zuständig sind und außerschulischer Unterricht gehören zu einer guten Schule einfach dazu.“</p> <p>„Für SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien müssen die Kosten für Mittagessen, Schulbücher, aber auch Zirkel und Taschenrechner, die Fahrt zur Schule und Klassenreisen übernommen werden. Perspektivisch soll das für alle Kinder gelten.“</p>	<p>„Gute Bildung für alle braucht viele Wege, klare Ziele und hochwertige Angebote, die durch das gegliederte Schulsystem geschaffen werden. Zu jedem Abschluss gehört ein Anschluss. Jede Familie muss sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder bestmöglich gefördert werden. Wir wollen für die Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse bundesweite Leistungsmaßstäbe entwickeln und durchsetzen. Wir brauchen einen transparenten und ehrlichen Leistungsvergleich zwischen den Schulen in Deutschland.“</p> <p>„CDU und CSU treten dafür ein, dass konfessioneller Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt.“</p>	<p>„Mitbestimmungsrechte in Bildungseinrichtungen stärken: bundesweite Vertretungen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Studierenden mit allgemeinpolitischem Mandat anerkennen;“</p> <p>„...einen nationalen Bildungspakt auflegen“</p> <p>„...sozialpädagogische Unterstützung an jeder Schule; Bund-Länder-Programme für die Ausbildung von mehr Lehrerinnen und Lehrern [...] einrichten;“</p> <p>„Master- Abschluss für alle Lehrerinnen und Lehrer einführen; gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung herstellen;“</p> <p>„Bundesweit auf längeres gemeinsames Lernen orientieren: individuelle Förderung verankern statt auf private Nachhilfe setzen; die Kinder und Jugendliche mit Behinderungen integrieren; Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit sichern und Ausgrenzung beenden;“</p>	<p>„Dafür fordert die FDP die Abschaffung der Schuleinzugsbereiche.“</p> <p>„Bildungsstandards, definiert von unabhängigen Sachverständigen, ermöglichen gleiche Bildungschancen über Ländergrenzen hinweg. Die jeweiligen Ergebnisse der Bildungseinrichtungen in freier und öffentlicher Trägerschaft werden der Öffentlichkeit präsentiert. Die externe Evaluation erfolgt durch zertifizierte Institutionen, die von den Schulen frei gewählt werden können.“</p> <p>„Nur ein durchlässiges Bildungssystem sichert faire Aufstiegschancen. Schulpflichtempfehlungen dürfen keinen unumkehrbaren Bildungsweg mehr zementieren. Auch zwischen den einzelnen Bildungsstationen muss die Durchlässigkeit erhöht werden. Übergänge sollen besser koordiniert werden. Schulen und Kitas, aber auch die einzelnen Schulen untereinander, sollten in einem Netzwerk miteinander kooperieren. Dies kann in autonomer Regie der Bildungseinrichtungen vor Ort geschehen.“</p>	<p>„... die Zahl der Schulabbrecher drastisch zu reduzieren.... Über klare Zielvereinbarungen wollen wir erreichen, dass diese Zahl jährlich um mindestens 10 Prozent gesenkt wird.“</p> <p>„Jede Schule mit besonderem Bedarf soll mind. eine/n Schul-Sozialarbeiter/in erhalten.“</p> <p>„... dass möglichst alle Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen.“</p> <p>„Gemeinsam mit Ländern und Kommunen setzen wir uns für integrative Schulformen [...] ein.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Ganztagsschule				
„Dafür brauchen wir endlich [...] ein flächendeckendes, hochwertiges Angebot an [...] echten Ganztagschulen.“	„Wir stehen zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulangeboten.“	„...Ausbau von Gemeinschafts- und Ganztagschulen, ...“		„Gemeinsam mit Ländern und Kommunen setzen wir uns für [...] den Ausbau von Ganztagschulen ein.“ „Unser Ziel ist es, das Angebot an Ganztagschulen flächendeckend auszubauen. Alle Kinder sollen sowohl in Ganztagschulen als auch in Kindertagesstätten an einem gesunden Mittagessen teilnehmen können.“
Hochschule				
<p>„Wir wollen in den kommenden fünf Jahren mindestens 500.000 zusätzliche Studienplätze schaffen[...]“</p> <p>„Zugleich wollen wir den Zugang für Nicht-AbiturientInnen und Berufstätige durch bundesweit einheitliche Zulassungskriterien erleichtern.“</p> <p>„Wir setzen uns ein für die demokratisch verfasste Hochschule und die Mitbestimmung durch Studierende, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen.“</p>	<p>„Wir werden den Hochschulpakt konsequent umsetzen, und damit unseren Beitrag zur Schaffung notwendiger zusätzlicher Studienplätze leisten.“</p> <p>„Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern, auf geringere Studienabbrecherquoten hinwirken und die internationale Attraktivität der deutschen Hochschulen ausbauen. Die Reform der Studienstrukturen nach dem „Bologna-Prozess“ muss unvoreingenommen überprüft und darf nicht schematisch auf alle Studiengänge erstreckt werden. Wir wollen endlich das Hochschulrahmengesetz abschaffen.“</p>	<p>„...offenen Studienzugang mit einem Hochschulzulassungsgesetz bundesweit ermöglichen: individuelle Auswahlverfahren abschaffen, ...“</p>	<p>„Auch die Fortbildung von beruflich Qualifizierten ohne Abitur an Hochschulen muss verstärkt werden.“</p> <p>„Bei dem „Hochschulpakt 2020“ muss der zusätzliche Kapazitätsaufbau ausreichend finanziert werden, wobei die Grundpauschale um 25 Prozent angehoben werden soll.“</p> <p>„Die Fachhochschulkapazitäten sollen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft deutlich ausgebaut werden.“</p> <p>„... Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes und die Verankerung der Autonomie der Hochschulen im Grundgesetz.“</p> <p>„Die Hochschulen brauchen weitgehende Personalhoheit, ...“</p> <p>„Die ZVS wird abgeschafft. Die Sicherung der Qualität des Studienangebo-</p>	<p>„...Möglichkeit für Berufsschülerinnen und –schüler schaffen, auch eine Fachhochschulreife zu erwerben.“</p> <p>„... anderen Berufstätigen mit Ausbildung gezielt den Zugang zu den Hochschulen und Universitäten öffnen.“</p> <p>„... Zahl der Studienplätze erhöhen.“</p> <p>„Wir wollen, dass mehr Fachkräfte ohne Abitur studieren können... Eine qualifizierte Berufsausbildung ist für uns gleichrangig mit einem allgemeinbildenden Abschluss.“</p> <p>„Wir werden die Hochschulzulassung bundeseinheitlich regeln.“</p> <p>„Wir stehen zur Hochschulautonomie und zur universitären Selbstverwaltung... Alle Statusgruppen müssen fair in Entscheidungen und Gremien eingebunden sein.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
			<p>tes soll durch anerkannte Akkreditierungsagenturen erfolgen.“</p> <p>„Hochschulen brauchen finanzielle Planungssicherheit. Die FDP fordert daher ein Drei-Säulen-Modell aus staatlicher Grundfinanzierung, Studienbeiträgen und Eigenvermögensaufbau.“</p>	
Zuständigkeiten / Föderalismus				
	„Bildung bleibt Ländersache, wie es im Grundgesetz geregelt ist.“		<p>„Bildung ist und bleibt Ländersache.“</p> <p>„Wer es mit der Chancengerechtigkeit im Bundesgebiet ernst meint, muss für bundesweite Bildungsstandards und vergleichbare Schulabschlüsse sorgen. Die Kultusministerkonferenz wird diesen Aufgaben im Bildungsbereich längst nicht mehr gerecht und muss daher abgeschafft und durch eine effektive, schlanke Bildungskonferenz ersetzt werden.“</p>	
Studienfinanzierung/ BAföG				
„Daher wollen wir die staatliche Studienfinanzierung stärken und zu einem Zwei-Säulen-Modell ausbauen. Dabei kombinieren wir einen einheitlichen Sockelbetrag, der allen Studierenden elternunabhängig zugutekommt, mit einem Zuschuss für Studierende aus einkommensarmen Elternhäusern als starke soziale Komponente. Beide Säulen sind als Vollzuschüsse gestaltet. Kindergeld und Kinderfreibeträge werden dabei so umgewandelt, dass sie nicht länger an die Eltern, sondern		<p>„BAföG zur elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und repressionsfreien Grundsicherung ausbauen...“</p> <p>„...Höchstdauer der Zahlung an die durchschnittliche Studienzeit anpassen;“</p>	<p>„Jedem Studierenden soll die Möglichkeit einer elternunabhängigen Finanzierung der Lebenshaltungskosten durch Darlehen eröffnet werden. BAföG-Bezieher erhalten wie bei der bisherigen Förderung die Kredite zu vergünstigten Konditionen. Dabei ist die BAföG-Förderung mit den weiteren Kreditprogrammen zur Finanzierung von Studienbeiträgen und Lebenshaltungskosten (z. B. Programme von KfW und Landesbanken) zusammenzuführen.“</p>	<p>„... Bezug von BAföG auch nach dem 30. Lebensjahr möglich sein.“</p> <p>„Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab ihrem Eintritt in die gymnasiale Oberstufe finanziell unterstützt werden.“</p> <p>„Wir werden das Studierenden-BAföG so ausweiten, dass Studieren auch in späteren Phasen der Erwerbsbiografie möglich wird.... Altersgrenze für den</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>direkt an die Studierenden fließen.“</p> <p>„Zentrale Voraussetzung dafür ist die Einführung eines Erwachsenen-BAföG, das keine Altersgrenzen und Berufsbeschränkungen kennt.“</p>			<p>„Die FDP will – ergänzend zu den bestehenden Möglichkeiten der Bildungsfinanzierung (BAföG, Darlehen, Stipendien) – den Aufbau von privatem Bildungskapital stärken. Analog zur Bausparförderung sollen Bildungsparkonten gefördert werden, die für Aus- und Weiterbildung, Hochschulbildung oder sonstige Formen der Erwachsenenbildung verwendet werden dürfen.“</p>	<p>BAföG-Bezug an(zu)heben.“</p>
Gebührenfreiheit von Bildung				
<p>„Daher bleibt es unser Ziel, sämtliche Studiengebühren abzuschaffen beziehungsweise deren Einführung zu verhindern.“</p> <p>„Zum anderen müssen Elternbeiträge nach Einkommen gestaffelt und schrittweise abgebaut werden. Wir wollen die Beitragsfreiheit für die Kindertagesbetreuung. In einem ersten Schritt soll ein Betreuungsjahr für jedes Kind gebührenfrei sein.“</p>		<p>„Kita- und Studiengebühren abschaffen: die Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern, Schul- bzw. Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung abschaffen;“</p>	<p>„Zur Steigerung der Qualität der Lehre soll im Wettbewerb um Studierende jede Hochschule selbst entscheiden, ob, in welcher Höhe und für welche Studiengänge sie Studienbeiträge erhebt. Diese Mittel müssen direkt und uneingeschränkt den Hochschulen zweckbezogen zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre zufließen, ohne dass die staatliche Finanzierung reduziert wird.“</p> <p>„Niemand darf aus finanziellen Gründen an einem Studium gehindert werden. Deshalb muss jedem Studierenden gesetzlich ermöglicht werden, die Beiträge „nachlaufend“ zu bezahlen, das heißt, dass die effektive Zahlung erst nach dem Studium und nur bei Erzielung eines ausreichenden Einkommens erfolgt.“</p>	<p>„Die Garantie sozialer Bürgerrechte durch solidarische Sozialversicherungen, ein gebührenfreies Bildungssystem und einen Mindestlohn für Arbeit.“</p> <p>„Wir stehen zu einem gebührenfreien Erststudium bis einschl. zum Master.“</p> <p>„Wir stehen für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Besondere Förderung				
„SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf dürfen nicht weiter von den allgemeinen Schulen ausgegrenzt werden, denn damit wird ihnen die chancengerechte Teilhabe an Bildung genommen. Vielmehr müssen die allgemeinen Schulen so gestaltet und verändert werden, dass sie allen SchülerInnen, mit und ohne Behinderung, gerecht werden. Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen haben dabei einen Anspruch auf eine sonderpädagogische Förderung einschließlich der individuellen Hilfen.“		„...Kinder und Jugendliche mit Behinderung integrieren...“	„...gilt für die FDP der Grundsatz „Integration vor Sonderbeschulung.“	„Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen durch gemeinsame Bildung und Erziehung. [...] Ausgrenzung ist keine Lösung – das gilt für Kinder mit Behinderung, für Lernschwache und für solche, die im Elternhaus unzureichende Hilfestellung erfahren.“
Finanzierung von Bildung				
„Zur weiteren Finanzierung des Ausbaus der Bildungsinfrastruktur wollen wir auch freierwerdende Mittel des Solidaritätszuschlags im Sinne eines Bildungs-Solis nutzen [...], denn für ein gerechtes Bildungssystem brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Außerdem muss die Erbschaftssteuer so reformiert werden, dass dadurch ein zusätzlicher finanzieller Spielraum entsteht, den wir für höhere Bildungsausgaben nutzen können.“ „Investitionen in Bildung sind zweiter zentraler Teil unseres grünen New Deal. Sie sind eine Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und eine große Zahl neuer qualifizierter Arbeitsplätze.“	„Deshalb setzen wir die Ziele und Maßnahmen des Bildungsgipfels konsequent um. Wir wollen bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren.“	„Von 2009 an wollen wir ein jährliches öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro, die für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende verwendet werden.“	„Die FDP will möglichst schon bis 2010 das Ziel erreichen, verbindlich über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung zu investieren. Wenigstens 7 Prozent des BIP sollen für Bildung [...] investiert werden.“	„Unser Ziel: bis 2015 mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung und Entwicklung.“ „... Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen einführen.“

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>„185.000 Neue Jobs durch Bildungsinvestitionen als Zukunftsinvestitionen: Gegen die Bildungskrise und die Wirtschaftskrise wollen wir jetzt mit massiven Investitionen Ungerechtigkeiten im Bildungswesen beseitigen, die Qualität erhöhen und das Bildungswesen der Zukunft bauen. Für ein verbindliches und qualitätsvolles Angebot an frühkindlicher Betreuung an alle Eltern, den Ausbau der Ganztagschulen und mehr Personal an Hochschulen braucht es 185.000 neue Erzieher, Fach- und Lehrkräfte, die wir in den nächsten vier Jahren einstellen wollen. Teilweise können diese Stellen über den von uns vorgeschlagenen Bildungssoli finanziert werden.“</p>				
Chancengleichheit in der Bildung / Zugang zu Bildung				
<p>„Investitionen in Bildung sind zweiter zentraler Teil unseres grünen New Deal. Sie sind eine Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und eine große Zahl neuer qualifizierter Arbeitsplätze.“</p>	<p>„Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Wir wollen unser Bildungsangebot weiter ausbauen.“</p> <p>„Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes, solidarisches und verantwortungsbewusstes Leben. Bildung ist die beste Vorsorge für die Zukunft.“</p>	<p>„...das Recht auf Bildung im Grundgesetz verankern: berufliche Ausbildung und Gemeinschaftsaufgabe Bildung in dieses Recht einbeziehen;“</p>	<p>„Bildung ist Bürgerrecht. Wir brauchen ein gerechtes Bildungssystem, das jedem den bestmöglichen Abschluss nach Begabung und Leistung ermöglicht, unabhängig von der sozialen Herkunft.“</p> <p>„Faire Bildungschancen für alle sind der Schlüssel zur Freiheit, zur sozialen Teilhabe, zum persönlichen Glück und Wohlstand. Durch Bildung können sich alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft eigene Wege zum Erfolg bahnen. Im Zeitalter der globalen Wissensgesellschaft hat sich die Bildung zur eigentlichen sozialen Frage</p>	<p>„Es ist originäre Aufgabe des Staates, über eine gute Bildung die Grundlage für individuelle Chancen und gesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen.“</p> <p>„Alle Jugendlichen sollen einen Schul- und Bildungsabschluss haben. Faire Bildungschancen für alle sind die Grundlage für soziale Gerechtigkeit überhaupt. Bildung ist Menschenrecht. Kein Kind darf von der Gesellschaft zurückgelassen werden.“</p> <p>„Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
			für die Menschen entwickelt. Eine liberale Gesellschaft fragt nicht danach, was die Eltern sind, sondern danach, was die Kinder können. Die fehlende Förderung im Elternhaus, die mangelnden Anregungen für Kinder und das unzureichende Bildungsumfeld sorgen oft dafür, dass sich Begabungen nicht entfalten können. Begabungen von Kindern aus bildungsfernen Schichten oder von Kindern mit Migrationshintergrund müssen besser als bisher gefördert werden.“	gilt unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern.“ „Die Benachteiligung von Einwanderkindern beenden.“
Sonstige Aussagen zur Bildungspolitik				
„Jedes Kind hat darüber hinaus ein Anrecht auf kulturelle Bildung. Kinder und Jugendliche müssen die Chance erhalten, ihre kreativen Fähigkeiten zu spüren und zu nutzen und auf diese Weise Selbstachtung und Anerkennung zu gewinnen.“	„Unser Land soll Bildungsrepublik werden. Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Wir wollen unser Bildungsangebot weiter ausbauen.“ „Die Achtung vor Demokratie und Rechtsstaat muss immer wieder neu geweckt werden. Politische Bildung ist daher unverzichtbar.“ „Wir setzen auf Aufstieg durch Bildung und lebenslanges Lernen...“	„...die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beenden: die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Busse, Bahnen und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand organisieren;“	„Wir vertreten einen umfassenden Bildungsbegriff, der den Menschen in seiner Vielfalt in den Mittelpunkt stellt. Ziel und Selbstverständnis einer liberalen Bildungspolitik ist es, nicht nur Wissen sondern auch Werte zu vermitteln. Die eigenen Fähigkeiten zu kennen und aus eigenem Antrieb ein eigenverantwortliches Leben zu führen, und sich kritisch mit seiner Umwelt auseinander zu setzen zu können sind Grundlage einer liberalen Bürgergesellschaft, wie wir sie uns vorstellen. Bildung ist ein elementarer Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung.“	„...wollen wir das Recht für alle durchsetzen, den Schulabschluss jederzeit gefordert nachholen zu können.“ „Wir plädieren für eine enge Zusammenarbeit von Schulen mit Volkshochschulen und anderen außerschulischen Bildungseinrichtungen...“ „Politische Bildung: Demokratie braucht politisch informierte Bürgerinnen und Bürger. Daher ist eine Intensivierung der politischen Bildung, auch durch die Bundeszentrale für politische Bildung, erforderlich.“

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen

CDU/CSU

Die Linke

FDP

SPD

Aussagen zu Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

„Bürgerschaftliches Engagement muss integraler Bestandteil unserer Gesellschaft sein und ist kein Ersatz für staatliche Aufgaben. Wir sehen im Engagement sowohl die Notwendigkeit und Chance für die Gesellschaft wie für den Einzelnen. Engagement bedeutet soziale und kulturelle Teilhabe und persönliche Weiterentwicklung für jede und jeden von uns. Für die Zukunft unseres Gemeinwesens bedeutet Engagement Kreativität und Solidarität. Wir wollen dieses Engagement stärken und dafür sorgen, dass es die notwendige Unterstützung bekommt. Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich engagieren, wollen wir fördern und denjenigen, die es nicht tun, den Zugang erleichtern. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, wenig Bürokratie, sich öffnende Institutionen, Anerkennung und kompetente Anlaufstellen vor Ort. Deshalb werden wir uns für die Sicherung von Infrastruktureinrichtungen einsetzen. Eine lebendige Zivilgesellschaft braucht die Einmischung, Kreativität und die Beteiligung vieler Menschen, ob jung oder alt, das zeichnet sie aus.“

„Zukunftsprojekt: Ehrenamt - Viele Menschen sind ehrenamtlich engagiert. Das wollen wir stärker fördern. In Zukunft werden in Deutschland mehr denn je Frauen und Männer gebraucht, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen. Dafür benötigen wir eine neue gesellschaftliche Initiative. Sie führt diejenigen, die helfen und diejenigen, die Hilfe brauchen, zusammen. Wir werden zukunftsweisend weitere Anreize schaffen, damit die vielen heute schon ehrenamtlich Tätigen auch morgen aktiv bleiben und wir neue für diese Aufgabe hinzugewinnen. Wir werden die Ehrenamtskultur in unserem Land stärken und hierzu ehrenamtliches Engagement gezielt von Bürokratie befreien. Für die öffentliche Würdigung setzen wir uns ebenso ein, wie für die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und geleisteten Freiwilligenjahren in den Berufsbiografien. Zudem werden wir Ehrenamtsbörsen einrichten, Freiwilligenagenturen fördern und die Ehrenamtcard weiterentwickeln.“

„Das ehrenamtliche Engagement und der bürgerschaftliche Einsatz vieler Frauen und Männer bereichern unsere Gesellschaft.“

„Wir wollen ehrenamtliches Engagement erleichtern, die Bürgerinnen und

„Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement bereichert das gesellschaftliche Leben. Darin spiegeln sich die Fähigkeiten und der Mut der Bürgerinnen und Bürger, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Eine demokratische Gesellschaft lebt von diesem Engagement. DIE LINKE tritt für eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ein. Freiwillige ehrenamtliche Arbeit darf nicht als Lückenbüßer für einen Abbau des Sozialstaates missbraucht werden. Sie darf auch nicht nur eine Sache derer sein, die es sich leisten können. Für Erwerbslose und Geringverdienende, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen müssen die gleichen Teilhabemöglichkeiten gesichert werden. Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt müssen in Staat und Gesellschaft einen höheren Stellenwert bekommen. Gerade weil Bürgerengagement nicht auf materiellen Gewinn gerichtet ist, muss es durch eine wirksame Anerkennungskultur gewürdigt werden. Gute Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement schaffen die Grundlage für den Erhalt und den Ausbau von sozialer und demokratischer Teilhabe. Das Engagement für Gesellschaft, Familie und Erwerbsleben sowie Zeit für sich selbst müssen besser miteinander vereinbar werden. Das bürgerschaftliche Engage-

„Die FDP will daher vorhandene Potentiale für ehrenamtliches Engagement besser erschließen und zum Beispiel mehr Plätze bei den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ) schaffen, wo bereits heute die Nachfrage nach diesen Plätzen weit über dem verfügbaren Angebot liegt.“

„Bürgerschaftliches Engagement ist für uns unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Wir setzen nach wie vor auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.“

„Ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Initiativen ist die Grundlage einer solidarischen Bürgergesellschaft. Besonders die Wohlfahrtsverbände sind dafür unverzichtbare Träger. Aber das Ehrenamt darf nicht Lückenbüßer für fehlende staatliche Ressourcen sein und werden. Wir werden die Rahmenbedingungen und die finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche weiter verbessern.“

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
	<p>Bürger zu ehrenamtlichem Engagement ermutigen und den ehrenamtlich Tätigen den Rücken stärken.“</p> <p>„CDU und CSU unterstützen das große Engagement und den fruchtbaren Wettbewerb der Ideen und Initiativen in der Hilfe für Mitmenschen in unserem Land. Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände und privaten Organisationen sowie der vielfältigen Selbsthilfegruppen sind für eine menschliche Gesellschaft unverzichtbar.“</p> <p>„Wir werden für mehr Anerkennung für das Ehrenamt sorgen und ehrenamtlich Engagierte von Bürokratie entlasten. Wir dringen auf die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und geleisteten Freiwilligen-Jahren in den Berufsbiografien. Wir wollen die Einrichtung von Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen anstoßen und fördern. Wir wollen die Ehrenamtscard als ein zentrales Element der Ehrenamtskultur weiterentwickeln.“</p> <p>„Das bürgerschaftliche Engagement mit und von Zuwanderern zur Gestaltung des Zusammenlebens wirkt identitätsstiftend.“</p>	<p>gement von Migrantinnen und Migranten ist als besonderer Integrationsfaktor herauszustellen. Sie sind mit konkreten Projekten zu unterstützen.“</p> <p>„...rechtliche, finanzielle, versicherungstechnische und infrastrukturelle Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit verbessern;“</p> <p>„...Aufwendungen für bürgerschaftliches Engagement bzw. pauschale Aufwandsentschädigung als direkte Zuwendung erstatten und nicht auf staatliche Leistungen anrechnen;“</p> <p>„...Möglichkeiten zum Erproben und zur kostenlosen Fortbildung der Freiwilligen in unterschiedlichen Engagementfeldern fördern.“</p>		

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen

CDU/CSU

Die Linke

FDP

SPD

Innenpolitik: Datenschutz / Grundrechten / Kriminalitätsbekämpfung

Datenschutz

<p>„Der Kernbereich privater Lebensgestaltung geht niemanden etwas an. Er muss unantastbar bleiben. Daher sagen wir Nein zur staatlichen Bespitzelung via Videospionage in der Wohnung. Wir sagen Nein zur Speicherung der Telekommunikationsdaten aller BürgerInnen auf Vorrat und Nein zur Online-Durchsuchung, die die heimliche Ausforschung privater Computer ermöglicht.“</p> <p>„Denn die Bedrohung durch Terrornetzwerke kann nicht durch zentralisierte und ungezielte Massenüberwachung wirksam bekämpft werden.“</p> <p>„Deshalb gehört der Datenschutz ins Grundgesetz, um ihn sichtbar und verbindlich für jede und jeden zu machen.“</p> <p>„...zeigen den dringenden Bedarf nach einem umfassenden Arbeitnehmerdatenschutzgesetz und der Stärkung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten.“</p>	<p>„CDU und CSU sind für Datenschutz mit Augenmaß.“</p> <p>„Wir wollen einen umfassenden Datenschutz garantieren. Wir wollen keine unnötigen Datenmengen speichern und kämpfen gegen den „Gläsernen Bürger“. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit muss stets gewahrt bleiben.“</p> <p>„Dabei sind Datenschutzinteressen mit dem Interesse an einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen. Datenschutz darf aber nicht zum Täterschutz werden.“</p> <p>„Wir wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Bespitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirksam schützen. Soweit gesetzliche Regelungen notwendig sind, um den Schutz der Privat-</p>	<p>„...das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der informierten Bürgerinnen und Bürger verteidigen: die Vorratsdatenspeicherung beenden; auf Online-Durchsuchungen verzichten, verdeckte Ermittlungsmethoden wie Video-, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung abbauen;“</p> <p>„...ein wirksames Arbeitnehmerdatenschutzgesetz schaffen;“</p>	<p>„Die FDP fordert die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses durch die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung sowie den Verzicht auf heimliche Online-Durchsuchungen privater Computer.“</p> <p>„Auf Bundesebene strebt die FDP an, dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit den Status einer obersten Bundesbehörde zu verleihen.“</p> <p>„Datenschutz gehört ins Grundgesetz. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung muss im Grundgesetz ausdrücklich verankert werden, ebenso das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.“</p> <p>„Die FDP setzt sich für eine Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes ein.“</p> <p>„... soll die Stellung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten institutionell gestärkt werden.“</p>	<p>„Datenschutz sichert persönliche Freiheit und Selbstbestimmung. Wir wollen keinen gläsernen Bürger, deshalb müssen die Voraussetzungen für staatliche Datenerhebungen und die Nutzung der Daten gesetzlich klar geregelt und strikt begrenzt werden. Einen Präventionsstaat, der auf der Suche nach Gefahrenquellen auch die Daten Unbeteiligter vorbeugend sammelt und überwacht, lehnen wir ab.“</p> <p>„Der Kampf gegen den Terrorismus ist wichtig. Trotzdem dürfen dabei Menschenwürde und Grundrechte nicht verletzt werden. Wir wollen kein Klima der Überwachung und der Unfreiheit.“</p> <p>„Unsere Gesetze, die mit Grundrechtseingriffen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verbunden sind, werden wir regelmäßig auf Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit überprüfen.“</p> <p>„Zahlreiche Übergriffe der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass wir ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz benötigen [...] Keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer soll von seinem Arbeitgeber ausgespäht und bespitzelt werden. Die Datenskandale</p>
--	---	---	--	---

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
	<p>sphäre der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden wir diese durchsetzen.“</p> <p>„CDU und CSU halten eine nationale Visa-Einlader- und Warndatei für dringend geboten, um Visummissbrauch effektiv zu bekämpfen.“</p>	<p>„Datenschutz und Datenschutzrecht modernisieren: Großprojekte, von Gesundheitskarte über biometrische Ausweise bis zu elektronischen Identitätskarten und einheitlicher Steuernummer, überprüfen und nach strengen datenschutzrechtlichen Kriterien korrigieren; wirksamen Arbeitnehmerdatenschutz schaffen;“</p>	<p>„... fordert die FDP die Errichtung einer „Stiftung Datenschutz“[...]Das Bundesdatenschutzgesetz soll konkretisiert werden.“</p>	<p>in vielen Unternehmen haben gezeigt, dass wir ein besonderes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz brauchen.“</p> <p>„Wir haben die gesetzlichen Vorschriften über die Weitergabe von Kundendaten verschärft und werden auf die strikte Einhaltung dieser Bestimmungen achten.“</p> <p>„Der Schutz der eigenen Daten und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gewinnen in der digitalen Welt noch an Bedeutung. Der Datenschutz muss weiterentwickelt werden. Wir wollen überdies, dass der Einzelne sich in der digitalen Welt sicher bewegen kann und lernt, welche Folgen die freiwillige Preisgabe persönlicher Daten haben kann.“</p>
Einsatz der Bundeswehr innerhalb Deutschlands				
<p>„Wir erteilen dieser Politik des permanenten Ausnahmezustandes eine klare Absage. Einsätze der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.“</p>	<p>„Die Unterschiede zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind angesichts der heutigen Bedrohungen unscharf.“</p> <p>„In besonderen Gefährdungslagen muss ein Einsatz der Bundeswehr im Innern mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophenschutz sowie bei der Bewältigung terroristischer Gefahren ergänzend zu Länder- und Bundespolizei im Rahmen festgelegter Grenzen möglich sein. Hierfür sind klare Rechtsgrundlagen zu schaffen. Die strikte Trennung von Polizei und Militär muss dabei gewahrt bleiben.“</p>	<p>„Einsatz der Bundeswehr als „Hilfspolizei“ im Inneren verbieten.“</p>	<p>„Die FDP lehnt den Einsatz der Bundeswehr im Innern über bestehende Aufgaben hinaus strikt ab.“</p>	<p>„Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland die gute Tradition, die Bundeswehr nicht im Inneren einzusetzen [...]. An dieser Tradition wollen wir festhalten, weil sie die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützt.“</p> <p>„Den Einsatz der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr lehnen wir ab.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Polizei und Geheimdienst (Trennungsgebot)				
<p>„Die bewährte föderale und rechtsstaatliche Sicherheitsarchitektur wird vielmehr durch die zunehmende Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten gefährdet und geschwächt. Die bestehende Antiterrordatei mit ungezügelter Zugriff ist wie ein gemeinsamer Aktenschrank von Polizei und Geheimdiensten, [...]</p>		<p>„Die Trennung von Militär und Polizei, von geheimdienstlicher und polizeilicher Tätigkeit ist für uns unaufgebbare Grundregel eines demokratischen Staatsaufbaus. Diese Trennung ist ebenso eine Lehre aus unserer Geschichte wie die Ablehnung einer zentralisierten Sicherheitsbehörde...“</p> <p>„...Polizei und Geheimdienste wieder schärfer trennen: wachsende Geheimbereiche der Polizei und unkontrollierbare Kooperationsgremien einschränken und auflösen; Ausbau des Bundeskriminalamtes zu einer zentralisierten Polizei stoppen;“</p>	<p>„In einer föderalen Sicherheitsarchitektur ist der Informationsaustausch zwischen den Behörden unerlässlich. Der Informationsaustausch darf nicht zur Aufweichung des Trennungsgefüges führen. Die FDP fordert eine Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden über Indexdateien statt über Volltextdateien zu realisieren und eine parlamentarische Aufsicht zu gewährleisten.“</p> <p>Den Umbau des Bundeskriminalamtes (BKA) zu einem deutschen FBI lehnt die FDP ab.“</p>	<p>„Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland die gute Tradition, [...] Polizeiarbeit nicht mit Geheimdienstarbeit zu vermischen. An dieser Tradition wollen wir festhalten, weil sie die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützt.“</p> <p>„Wir bleiben bei der klaren Trennung von Polizei und Geheimdiensten im Sinne des Trennungsgebotes.“</p>
Jugendkriminalität				
<p>„Bei Jugendlichen und Heranwachsenden beharren wir auf dem Vorrang der Erziehung vor der Bestrafung.“</p>	<p>„Kinder- und Jugendkriminalität können nur dann wirkungsvoll bekämpft werden, wenn Prävention, Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Opferchutz frühzeitig und konzeptionell zusammenwirken. Der Rechtsstaat muss [...] falls erforderlich gesetzlich nachjustieren und entschlossen mit jungen Straftätern umgehen. Dazu gehört auch, dass Sanktionen rasch spürbar sein müssen.“</p> <p>„CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe die Anordnung eines „Warnarrests“ möglich ist.“</p>		<p>„Das breite Instrumentarium des Jugendstrafrechts muss dazu konsequent angewendet werden. Die Strafe muss auf dem Fuße folgen. Hierfür ist in erster Linie eine bessere Vernetzung von Polizei, Justiz, kommunaler Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe und Schule vor Ort notwendig, wie sie beispielsweise durch so genannte Häuser des Jugendrechts in den Kommunen realisiert werden kann.,,</p> <p>„Die FDP ist auch für den Ausbau der pädagogischen Reaktionsmöglichkeiten auf Fehlverhalten Jugendlicher durch den Warnschussarrest. Der Warnschussarrest soll neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe</p>	<p>„Jugendkriminalität schnell bestrafen. Werden Jugendliche kriminell, muss die Sanktion der Tat „auf dem Fuß“ folgen. Jugendstrafverfahren müssen rasch eröffnet und eine verhängte Strafe muss umgehend vollstreckt werden. Nur dann wird den Jugendlichen der Zusammenhang zwischen Tat und Strafe klar und kann die erzieherische Wirkung des Jugendstrafrechts wirksam werden.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>„Wir wollen die Möglichkeiten des Jugendstrafrechts ausbauen und wenden uns gegen alle Versuche, straffällig gewordene Jugendliche und junge Menschen wie Erwachsene zu behandeln“</p>	<p>„Um die Verantwortung für das eigene Handeln bewusst zu machen, sind Jugendliche stärker zur Wiedergutmachung zu verpflichten.“</p> <p>„Für Täter ab einem Alter von 18 Jahren wollen wir bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen.“</p> <p>„Wir treten dafür ein, das Fahrverbot oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht zu verankern und den Anwendungsbereich auf alle Arten von Straftaten zu eröffnen.“</p> <p>„Ausländer müssen bereits bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausgewiesen werden können. Dies soll auch bei ausländischen jugendlichen Intensivtätern möglich sein.“</p>		<p>oder einer Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe angeordnet werden können und dem Jugendlichen so deutlich machen, dass sein schwerer Rechtsverstoß nicht ohne jede unmittelbare Folge bleibt.“</p> <p>„Besonders wichtig ist der Ausbau der Prävention. Die FDP will die Ursachen für die Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen und beseitigen. Auch hier ist eine bessere Vernetzung aller Beteiligten auf Seiten der Polizei, Justiz, Jugendhilfe und Schule, aber auch die Einbeziehung von Eltern von Nöten.“</p>	<p>„Bloßes Wegsperrern auf Basis des Erwachsenenstrafrechts lehnen wir ab.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen

CDU/CSU

Die Linke

FDP

SPD

Aussagen zur Jugend, Jugendpolitik und Jugendhilfe

Jugend, Jugendpolitik, Partizipation und Freiräume

<p>„Junge Menschen sind wie niemand sonst auf Freiraum jenseits der eigenen Wohnung angewiesen. Aber junge Menschen sind im öffentlichen Raum unbeliebt: Sie machen Lärm, sie fallen auf. Wir meinen: Kinderlärm ist Zukunftsmusik und junges Leben gehört in die Mitte der Gesellschaft, in die Mitte von Dorf und Stadt.“</p> <p>„Deshalb setzen wir uns insbesondere für Räume und Projekte ein, die von Jugendlichen selbstbestimmt organisiert werden. Jugendverbände leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Dort, wo Jugendlichen gehört und verstanden werden, ist Jugendbeteiligung ein Einstieg für eine weitere politische Betätigung, und das beste Fundament für unsere Demokratie.“</p> <p>„Wir wollen Jugendlichen Lust auf die Demokratie machen, und sie nicht mit Scheinpartizipation abschrecken. Wir wollen den Jugendlichen durch starke Jugendvertretungen auf allen politischen Ebenen und durch das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren eine Stimme geben.“</p> <p>„Lernende brauchen ‘Zeit für sich’ in Foren wie Klassenräten oder Schulkonferenzen und partizipative, projektorientierte Lernformen.“</p>	<p>„Jugendpolitik für alle Jugendlichen in Deutschland ist gleichermaßen Familienpolitik, Bildungspolitik, Integrationspolitik und Sozialpolitik. Gerechte Chancen für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land sind die Grundlagen einer zukunftsorientierten Kinder- und Jugendpolitik. Keiner darf verloren gehen. Jeder hat eine faire Chance verdient.“</p>	<p>„...das Wahlalter auf 16 Jahre absenken;“</p>	<p>„Eine eigenständige Jugendpolitik. Die Jugend ist eine spezielle Phase der Orientierung und der Herausbildung der eigenen Persönlichkeit. Die Anforderungen an die heutige junge Generation sind durch gesellschaftliche, ökonomische und demografische Veränderungen gestiegen. Mit einer starken Jugendpolitik wollen wir den besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen Rechnung tragen.“</p>
--	--	--	---

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Jugendverbände				
<p>„Deshalb setzen wir uns insbesondere für Räume und Projekte ein, die von Jugendlichen selbstbestimmt organisiert werden. Jugendverbände leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Dort, wo Jugendlichen gehört und verstanden werden, ist Jugendbeteiligung ein Einstieg für eine weitere politische Betätigung, und das beste Fundament für unsere Demokratie.“</p> <p>„Und wir brauchen eine starke Jugendhilfe und engagierte Jugendverbände, die auch zukünftig vielfältige Angebote machen und benachteiligte Jugendliche gezielt unterstützen kann.“</p>	<p>„Wir werden die Förderung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit fortsetzen. Die vielfältige Jugendarbeit in den Jugendverbänden, Jugendringen in der offenen Jugendarbeit, der kommunalen Jugendarbeit und in den Jugendbildungsstätten ist ein Erfolgsmodell.“</p>			
Jugendhilfe				
<p>„Und wir brauchen eine starke Jugendhilfe und engagierte Jugendverbände, die auch zukünftig vielfältige Angebote machen und benachteiligte Jugendliche gezielt unterstützen kann. Öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe sind so auszustatten, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben, insbesondere auch im Bereich des Kinderschutzes verantwortlich wahrnehmen können.“</p>	<p>„Wir geben keinen jungen Menschen verloren, nur weil er in der Schule oder Berufsausbildung schlecht gestartet ist. Alle Jugendlichen haben Stärken und Talente. Wir setzen mit einer Initiative JUGEND STÄRKEN auf flexible Netzwerke, Allianzen und eine Bündelung von Ressourcen. Kreative Lösungen gelingen nur durch die intelligente Zusammenarbeit von bestehenden Einrichtungen, Diensten und Angeboten vor Ort, insbesondere durch die Kooperation mit Trägern der Jugendsozialarbeit sowie durch Selbsthilfe der Betroffenen.“</p>	<p>„...die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beenden: die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Busse, Bahnen und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand organisieren;“</p>	<p>„Im Rahmen der Jugendministerkonferenz sollten einheitliche Standards für die Kinder- und Jugendhilfe festgelegt werden. Die Qualität der Kinder- und Jugendhilfe sollte in regelmäßigen Abständen evaluiert und die Dienst- und Fachaufsicht gestärkt werden. Es ist zu prüfen, inwieweit im Bereich der Jugendhilfe eine Aufgabentrennung zwischen der Entscheidung über Maßnahmen und deren Vollzug möglich ist, um eine von finanziellen Erwägungen der Kommune unabhängige Entscheidung abzusichern.“</p> <p>„Die FDP steht für eine Vielfalt von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, Kirchen, Elterninitiativen, Kommunen und privat-gewerblichen Anbietern.“</p>	

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Freiwilligendienste				
<p>„Jugendfreiwilligendienste sind wichtige Einstiegsmöglichkeiten in eine engagierte Biographie, geben Orientierung in einer wichtigen Lebensphase und vermitteln soziale, ökologische und kulturelle Fähigkeiten. Deshalb wollen wir das Angebot an Jugendfreiwilligendienstplätzen mehr als verdoppeln und es qualitativ weiter verbessern.“</p>	<p>„Dienstleistungen zur organisatorischen Unterstützung von Jugendfreiwilligendiensten, die für einzelne Vereine in deren Dachverbänden erbracht werden, sind bisher umsatzsteuerpflichtig. Das werden wir ändern und Ungleichbehandlungen der Sportvereine im Kinder- und Jugendhilferecht beseitigen. Für ehrenamtlich geführte Vereine mit gelegentlichem Schankbetrieb sollen Form- und Meldevorschriften im Steuerrecht vereinfacht werden.“</p> <p>„Mit den Freiwilligendiensten aller Generationen soll das flexible, für alle Altersgruppen geöffnete Dienstangebot Schritt für Schritt bundesweit flächendeckend umgesetzt und mit den Strukturen vor Ort vernetzt werden.“</p>		<p>„Damit sank die Zahl von verfügbaren Arbeitsstunden der Zivildienstleistenden bereits erheblich, so dass bereits heute Handlungsbedarf besteht. Die FDP will daher vorhandene Potentiale für ehrenamtliches Engagement besser erschließen und zum Beispiel mehr Plätze bei den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ) schaffen, wo bereits heute die Nachfrage nach diesen Plätzen weit über dem verfügbaren Angebot liegt.“</p>	<p>„Wir werden die Jugendfreiwilligendienste stärken. Mittelfristig wollen wir allen Jugendlichen, die ein Freiwilliges Ökologisches Jahr oder ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren wollen, einen Platz anbieten.“</p> <p>„Unter Einbeziehung geregelter Freiwilligendienste werden wir soziale Netzwerke vor Ort – für Ältere, Alte, Behinderte – festigen und systematisieren. Jugendfreiwilligendienste wollen wir stärken und mittelfristig jedem Jugendlichen einen Platz anbieten können.“</p>
Jugend und Medien				
<p>„Besondere Verantwortung bei der Vermittlung von Medienkompetenz hat der Staat inne. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen bedarf es eines ehrlichen Umgangs mit dem Medium Internet und neuen Medien von Anfang an: Gefahren müssen erklärt, über Datenschutz aufgeklärt und das sachdienliche Nutzen neuer und besonders auch freier Medien gelehrt werden.“</p>	<p>„Wir wollen die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken und auf einen pädagogisch sinnvollen Umgang mit den Neuen Medien hinwirken. Die Präventionsarbeit, um Abhängigkeiten gleich welcher Art zu vermeiden, soll intensiviert werden. Wir wollen ebenso die Entwicklung hochwertiger, kulturell und pädagogisch wertvoller Unterhaltungsmedien fördern und dazu den deutschen Computerspielpreis aufwerten.“</p> <p>„Der Staat hat die Verpflichtung, durch</p>		<p>„Kinder sollten bereits früh Medienkompetenz erwerben, um Medienangebote ihrem Alter gemäß kritisch nutzen zu können. Die FDP setzt sich dafür ein, dass für den Jugendschutz im Online-Bereich verbindliche und praktikable Standards und Zertifizierungen weiter entwickelt werden. Die bestehenden Systeme müssen dringend auf ihre Praktikabilität und Effektivität überprüft werden.“</p>	<p>„Medienführerschein für Kinder und Jugendliche. Medienkompetenz ist nicht nur die Schlüsselqualifikation in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft, sondern auch ein zu förderndes Bildungsthema. Wir werden eine Stiftung Medienkompetenz einrichten und das Angebot eines Medienführerscheins für alle Kinder und Jugendlichen einführen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
	geeignete gesetzgeberische Maßnahmen und einem konsequenten Vollzug dafür Sorge zu tragen, dass gewaltverherrlichende Computerspiele Kindern und Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden.“			

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Aussagen zur Kinderpolitik				
Stellung der Kinder in der Gesellschaft / Kinderrechte und Grundgesetz				
<p>„Damit daran kein Zweifel besteht, wollen wir eigenständige Kinderrechte in den Grundrechtekatalog unserer Verfassung aufnehmen – als starken Auftrag an die Politik, Prioritäten zugunsten von Kindern zu setzen. Wir wollen, dass Kinder wissen, dass sie Rechte haben. Deshalb gehört das Thema „Kinderrechte“ verstärkt in Schulbücher und in die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung.“</p>	<p>„Kinder haben ein eigenständiges Grundrecht auf Pflege und Erziehung, auf Förderung und auf Schutz vor Gefahren für ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung. Das hat das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klargestellt.“</p> <p>„Wir wollen im Immissionsschutz- und Bauplanungsrecht gesetzlich klarstellen: „Kinderlärm“ darf kein Grund für Nachbarschaftsklagen gegen Kindergärten, Spielplätze und ähnliche Einrichtungen sein.“</p>		<p>„Die FDP setzt sich für die Stärkung der Kinderrechte ein: Das Grundgesetz berechtigt und verpflichtet vorrangig Mütter und Väter für die Kinder zu sorgen, doch legt es zugleich dem Staat auf, über die Ausübung von Elternrecht und Elternpflicht zu wachen. Denn Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Bildung, Erziehung und Betreuung.“</p>	<p>„Um Kindern eine stärkere Stimme in unserer Gesellschaft zu geben, wollen wir die Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen.“</p>
UN-Kinderrechtskonvention				
<p>„Wir treten ein für die umfassende Umsetzung der Kinderrechtskonvention in unserem Land und die Rücknahme der deutschen Vorbehalte, die vor allem negative Auswirkungen auf Flüchtlingskinder haben.“</p>		<p>„...die UN-Kinderrechtskonvention umsetzen: für minderjährige Flüchtlinge das Ausländer- und Asylrecht entsprechend anpassen;“</p>	<p>„Die FDP fordert, den Vorbehalt bei der bereits ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention aufzuheben.“</p>	<p>„Mehr Rechte für Kinder. Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte von Kindern ein. In Deutschland selbst treten wir für die Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention und für ein Individualbeschwerderecht ein.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Kinderschutz				
<p>„Öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe sind so auszustatten, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben, insbesondere auch im Bereich des Kinderschutzes verantwortlich wahrnehmen können.“</p>	<p>„In Fällen von Misshandlung oder Verwahrlosung muss den Kindern gezielt geholfen werden. Wir wollen für diese Kinder ein wirksames Netz früher Hilfen knüpfen. Gleichzeitig wollen wir die Kooperation zwischen Gesundheitswesen mit Geburtshilfe, Kinderärzten, Hebammen über die Kinder und Jugendhilfe bis zu den Kindergärten, Schulen, der Polizei und der Justiz darauf ausrichten.“</p> <p>„Wir werden die Dreifachstrategie gegen Kinderpornografie im Internet weiter vorantreiben: Täter verfolgen, auch solche, die sich außerhalb des Internets, in geschlossenen Foren oder auf anderen Wegen bewegen, Quellen im In- und im Ausland schließen und den Zugang zu den Seiten sperren, so wie dies seit vielen Jahren erfolgreich in vielen Ländern erfolgt.“</p> <p>„Für uns steht fest: Es darf nichts unversucht bleiben, insbesondere unsere Kinder mit allen rechtsstaatlich zulässigen Möglichkeiten zu schützen. Wir wollen Wertungswidersprüche im Sexualstrafrecht bereinigen und den Kindesmissbrauch grundsätzlich wieder als Verbrechen bestrafen.“</p>		<p>„Bei Kindeswohlgefährdung müssen die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe angehalten werden, sich ein umfassendes Bild über den Lebensalltag von Kindern im Familienkontext zu bilden und frühzeitig präventive Hilfe anzubieten. Dies erfordert eine angemessene personelle Ausstattung der Jugendämter. Die Elternkompetenz in Familien sollte durch Modelle der Frühprävention gestärkt werden. Dies gilt auch für niedrigschwellige Angebote durch Familienhebammen und Kinderschwestern auf kommunaler Ebene.“</p>	<p>„Sexueller Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie sagen wir den Kampf an – mit Hilfe des Strafrechts und auch im Internet. Wenn nötig, müssen Kinder auch vor ihren Eltern geschützt werden. Die Familiengerichte haben mehr gesetzliche Möglichkeiten bekommen, um schneller, effektiver und nachhaltiger einzugreifen, wenn Kinder gefährdet sind. Jetzt kommt es darauf an, diese Verbesserungen in der Praxis zu nutzen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Gesundheitspolitik				
Krankenversicherungsmodell				
<p>„Im Gesundheitssystem wollen wir mit der grünen Bürgerversicherung alle Menschen in die solidarische Finanzierung einbeziehen[...]“</p> <p>„Wir wollen eine Bürgerversicherung, in die alle gemäß ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einbezahlt und die allen unabhängig von ihrem Geldbeutel die notwendige und angemessene medizinische Versorgung garantiert.“</p> <p>„Deshalb sollen auch andere Einkommensarten wie Kapitaleinkommen und Einkommen aus gewerblicher Vermietung und Verpachtung in die Finanzierung einbezogen werden.“</p> <p>„Praxisgebühr und Medikamentenzahlungen wollen wir daher abschaffen[...]“</p>	<p>„...gesetzliche Krankenversicherung mittelfristig auch im Hinblick auf mehr Generationengerechtigkeit konsequent weiterzuentwickeln.“</p> <p>„...Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen...“</p> <p>„...mehr Transparenz und echte Wahlfreiheit für Versicherte.“</p> <p>„Wir bekennen uns zu leistungsfähigen privaten Krankenversicherungen,..."“</p> <p>„Eine staatliche Einheitsversicherung lehnen wir ab.“</p>	<p>„...die gesetzliche Krankenversicherung und Pflegeversicherung reformieren, alle Berufsgruppen und Einkommensarten in die Finanzierung einbeziehen, die Beitragsbemessungsgrenze aufheben und den Sonderbeitrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner wieder abschaffen;“</p>	<p>„Der Wettbewerb im Gesundheitssektor muss gestärkt werden.“</p> <p>„Zu einem fairen Wettbewerb im Gesundheitssektor gehört auch, den gesetzlichen Krankenkassen ihre Beitragsautonomie zu belassen...“</p> <p>„Die FDP ist gegen ein staatliches und zentralistisches Gesundheitswesen...“</p> <p>„In der Krankenversicherung muss der Weg wegführen von der Lohnbezogenheit der Beiträge und vom Umlageverfahren hin zu einem leistungsgerechten Prämiensystem.“</p> <p>„Die FDP spricht sich aus für eine Pflicht zur Versicherung der Risiken, die den Einzelnen im Krankheitsfall überfordern würden...“</p> <p>„Der soziale Ausgleich zwischen Einkommensstarken und Einkommenschwachen soll nicht mehr innerhalb der Krankenversicherung stattfinden,..."“</p> <p>„Die Praxisgebühr hingegen ist bürokratisch und hat keine dauerhafte Steuerungsfunktion.“</p>	<p>„Mit der Versicherungspflicht für alle, einem gerechten Ausgleich der unterschiedlich verteilten sozialen Risiken und der Krankheitsrisiken (Risikostrukturausgleich) sowie dem Einstieg in die Steuerfinanzierung haben wir wichtige Schritte zu einem solidarischen Gesundheitswesen für alle Bürgerinnen und Bürger getan. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.“</p> <p>„Wir wollen alle Einkommen zur Finanzierung der Gesundheitsaufgaben heranziehen ... den Steueranteil für die gesetzliche Krankenversicherung erhöhen.“</p> <p>„...Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung – auch der bisherige Sonderbeitrag von 0,9 Beitragssatzpunkten – wieder paritätisch von Arbeitnehmer und Arbeitgebern getragen wird.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Weitere Aussagen aus diesem Politikfeld				
<p>„Und wir brauchen einen Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik: Weg vom Gesundheitswesen als bloßen Reparaturbetrieb, hin zu einem Gesundheitswesen mit mehr Prävention und Gesundheitsförderung.“</p> <p>„Prävention von Anfang an muss ein wichtiger Bestandteil in Kindertagesstätten und Schulen, in den Familien, im Stadtteil, im Arbeitsleben und im Alter sein. Wir brauchen ein wirksames Präventionsgesetz[...]“</p>	<p>„...Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung im deutschen Gesundheitswesen.“</p> <p>„Ein wichtiger Schritt zur Stärkung von Eigenverantwortung, Prävention und Gesundheitsförderung ist die Weiterentwicklung von Bonus-Modellen, Wahl- und Selbstbehalttarifen.“</p>	<p>„...Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand.“</p> <p>„...den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung wieder am medizinischen Bedarf ausrichten: unbeschränkter Zugang für alle, Abschaffung aller Zuzahlungen, einschließlich der Praxisgebühr;“</p>		<p>„Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen gesund aufwachsen können. Deshalb werden wir Gesundheitsförderung und Prävention zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens ausbauen. Mit einem Präventionsgesetz, das einen besonderen Fokus auf junge Menschen legt, werden wir die systematische Vernetzung des lokalen Gesundheitswesens mit der Kinder- und Jugendhilfe fordern.“</p> <p>„...Rechte der Patienten und Patientinnen in einem Gesetz zusammenführen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Aussagen zu Umweltpolitik und Nachhaltigkeit				
Energiepolitik				
<p>„Der Neue Gesellschaftsvertrag heißt für uns: Schritt für Schritt vollständig auf Erneuerbare Energien wie Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Geothermie umzustellen und die Energieeffizienz deutlich zu steigern.“</p> <p>„Bis 2020 setzen wir auf einen Anteil von mindestens 40% bei der Stromproduktion und 30% bei der Wärmeproduktion. Die Kohlesubventionen wollen wir beenden und die Ausnahmen bei der Ökosteuern streichen. Zugleich wollen wir die Stromsteuer auf Strom aus Erneuerbaren Energien abschaffen.“</p> <p>„Wir wollen ein Wärmegesetz, das auch im Gebäudebestand die Nutzung erneuerbarer Energien vorgibt. [...] Wir wollen eine Verpflichtung zur Nachrüstung aller Gebäude auf mindestens 20% erneuerbare Wärme bis 2020, [...] Damit die Umstellung heute bereits bezahlbar wird, wollen wir ein umfassendes Finanzprogramm für die energetische Gebäudesanierung, das Hausbesitzern auch direkte Zuschüsse bietet.“</p> <p>„Die Wende zu einer klimafreundlichen und schadstoffarmen Energiepolitik gelingt nicht mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke.“</p>	<p>„Dafür müssen neue Energiequellen erschlossen werden. Unsere Energiestrategie setzt auf Energiesicherheit, ökologische Verträglichkeit, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise und Unabhängigkeit.“</p> <p>„Wir setzen uns für einen breiten und klimafreundlichen Energiemix ein ...“</p> <p>„Die dezentrale Energieversorgung wollen wir stärken, etwa durch Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung...“</p> <p>„...Ausbaus erneuerbarer Energien (20 Prozent bis 2020)...“</p> <p>„Die Energieeffizienz soll sich im Vergleich zu 1990 verdoppeln.“</p>	<p>„...Im Strombereich soll der Anteil erneuerbare Energie mindestens die Hälfte, im Wärme- und Kältesektor ein Viertel betragen. Besonders wichtig ist dabei die dezentrale Energieversorgung in öffentlicher Hand.“</p> <p>„...Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen...“</p>	<p>„Die FDP fordert die Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf Energie...“</p> <p>„Die FDP befürwortet deshalb den Bau neuer hocheffizienter Kohlekraftwerke.“</p> <p>„Der Genehmigungsstau bei Kraftwerken und Leitungsausbau muss daher schleunigst aufgelöst werden,...“</p>	<p>„Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen. Im Jahre 2020 wollen wir mindestens 35 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt haben, 2030 soll der Anteil schon bei 50 Prozent liegen. Das international vereinbarte Ziel, die CO₂-Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80-95 Prozent zu reduzieren, ist nur erreichbar, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - wir jetzt in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren, um weniger CO₂ zu emittieren; - wir die Emissionsbudgets im Rahmen der EU und der internationalen Vereinbarungen weiter absenken; - der Anteil erneuerbarer Energien über das Jahr 2030 hinaus weiter ansteigt und der jetzt bereits geltende Vorrang bei der Einspeisung ins Netz erhalten bleibt.“ <p>„Wir brauchen eine Energiesparoffensive. Wir werden ein Hocheffizienzgesetz einführen, mit dem Ziel, bis 2030 elf Prozent des jetzigen Strombedarfs einzusparen. Wir werden die Anforderungen der Energieeinsparverordnung für Neubauten um 30 Prozent anheben, und wir werden den bedarfsorientierten Energiebedarfsausweis für alle Gebäude verpflichtend einführen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
„Wir lehnen den Bau neuer klimaschädlicher Kohlekraftwerke ab.“				<p>„Wir werden angesichts vieler bislang ungenutzter Energiespar- oder Effizienzmaßnahmen die Energieberatung für die Verbraucherinnen und Verbraucher vorantreiben.“</p> <p>„Der deutsche Steinkohlebergbau hat wesentlich zum Aufbau des Landes und zum Wohlstand beigetragen. Er ist inzwischen reduziert auf einen niedrigen, aber zukunftsfähigen Sockel. Wir wollen deshalb, dass die Revisionsklausel für den deutschen Steinkohlebergbau schon rechtzeitig vor 2012 wirksam gemacht und so das faktische Auslaufen des Steinkohlebergbaus verhindert wird.“</p>
Kernenergie				
<p>„Wir setzen den Atomausstieg ohne Wenn und Aber fort.“</p> <p>„Alte, besonders riskante Meiler wollen wir vorzeitig vom Netz nehmen.“</p>	<p>„Die Kernenergie ist ein vorerst unverzichtbarer Teil in einem ausgewogenen Energiemix.“</p> <p>„Daher streben wir eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab.“</p>	<p>„...unverzögliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen sowie ein Verbot für den Export von Atomtechnik. Atommülltransporte müssen unterbleiben.“</p>	<p>„Wir brauchen die Kernenergie als Übergangstechnologie [...] Die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke müssen[...]verlängert werden.“</p>	<p>„Der im Atomgesetz geregelte Ausstieg wird durchgesetzt. Wir steigen bis 2021 komplett aus der Atomenergie aus. Bis zum Ausstieg gelten die höchstmöglichen Sicherheitsstandards in allen Anlagen mit der Pflicht zur ständigen Nachrüstung. Eine Verlängerung der Laufzeiten würde dringend nötige Investitionen in neue Technologien verzögern.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Verkehrspolitik: Bahn/ Schienenverkehr				
<p>„Bei der Bahn wollen wir zusätzliche Kapazitäten [...] schaffen. Die Binnenschifffahrt auf Flüssen und Kanälen wollen wir fördern, wenn sich die Schiffe den Flüssen anpassen.“</p> <p>„Es ist unser Ziel, innerhalb von 10 Jahren den Verkehrsanteil der Schiene zu verdoppeln.“</p> <p>„Durch die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes im Fernverkehr und bessere Fahrgastrechte wollen wir Bahnfahren günstiger und verlässlicher machen.“</p> <p>„Mit uns bleibt die Eisenbahninfrastruktur dauerhaft in öffentlicher Hand, wird in eine unabhängige Gesellschaft überführt und stärker durch die Bundesnetzagentur reguliert. Der Fernverkehr findet zukünftig in öffentlicher Verantwortung statt.“</p>	<p>„Das Schienennetz muss für alle Anbieter diskriminierungsfrei zugänglich sein. Durch Wettbewerb ergeben sich für Staat und Kunden enorme Optimierungs- und Einsparpotenziale, die wir nützen wollen.“</p> <p>„Wir brauchen eine kundenorientierte und leistungsfähige Bahn in Deutschland. Wir werden die Schienenwege bedarfsgerecht und flächendeckend erhalten und ausbauen. Den Wettbewerb auf der Schiene werden wir stärken und dazu die Kompetenzen der Bundesnetzagentur erweitern“</p> <p>„CDU und CSU wollen die 1994 begonnene Bahnreform auf ihrem erfolgreich eingeschlagenen Weg weiterführen. Im Sinne einer Teilprivatisierung müssen Schienennetz und Bahnhöfe in der Hand des Bundes bleiben. Politische Infrastrukturverantwortung muss wieder stärker berücksichtigt werden..“</p>	<p>„Das Streckennetz der Bahn und das Angebot des Nahverkehrs müssen wieder wachsen. Die Privatisierung der Bahn und von Nahverkehrsunternehmen lehnen wir ab...“</p> <p>„...dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene auf mindestens 2,5 Mrd. Euro pro Jahr;...“</p> <p>„...Mehrwertsteuer für den Schienenpersonenfernverkehr auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent senken;“</p> <p>„...Sozial-Bahncard für einkommensschwache Haushalte;“</p> <p>„Fahrradmitnahme in ICE-Zügen;“</p> <p>„...Börsengang der Bahn endgültig stoppen;“</p> <p>„Die Privatisierung der Bahn und von Nahverkehrsunternehmen lehnen wir ab...“</p>	<p>„Bei Eisenbahn-Neubaustrecken sollen durch Streichung des „Schienenbonus“ die gleichen strengen Lärmschutzregeln wie im Straßenbau gelten.“</p> <p>„Fahrgastrechte müssen gestärkt werden. Im Bahnverkehr sollte jeder Fahrgast bereits ab 30 Minuten Verspätung entschädigt werden. Denn Fahrgastrechte müssen so wirksam sein, dass sich Pünktlichkeit für die Bahn lohnt.“</p> <p>„Die jetzt eingeleitete Privatisierung der DB-Transportsparten wollen wir mit der Zielrichtung einer Vollprivatisierung fortsetzen.“</p>	<p>„Wir legen einen besonderen Fokus auf den Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsträger, insbesondere der Schiene.“</p> <p>„...die Bahn im grenzüberschreitenden Verkehr konkurrenzfähiger zu machen.“</p> <p>„Für eine starke und bürgerfreundliche Bahn. Wir wollen mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Um die Attraktivität des Schienenverkehrs weiter zu erhöhen, setzen wir auf ein leistungsfähiges Schienennetz, auf attraktive, barrierefreie Bahnhöfe, eine gute Vernetzung der unterschiedlichen Angebote und ein kundengerechtes, leicht verständliches Tarifsysteem. Die Bahn muss stark, wettbewerbsfähig und kundenfreundlich sein.“</p> <p>„Eine Zerschlagung der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab. Die Bahn soll auch künftig als integrierter Konzern bestehen bleiben. Wir werden die ausreichende finanzielle Ausstattung der Bahn in der kommenden Legislaturperiode gewährleisten. Deshalb findet eine Kapitalprivatisierung nicht statt, auch nicht teilweise.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Verkehrspolitik: ÖPNV/ Regionalverkehr				
<p>„Die Kürzungen des Bundes der vergangenen Jahre für den Regionalverkehr auf der Schiene und den öffentlichen Verkehr wollen wir rückgängig machen. Für mehr und besseren Verkehr mit Bahnen und Bussen wollen wir zusätzlich zwei Mrd. Euro einsetzen.“</p> <p>„Den Nahverkehr mit Bussen und Bahnen wollen wir überall zu einer echten qualitätsvollen Alternative ausbauen. Auch in ländlichen Regionen muss Bewegungsfreiheit und Teilnahme am öffentlichen Leben ohne Abhängigkeit vom eigenen Auto möglich sein. Der öffentliche Verkehr muss daher auch dort ein verlässliches Angebot bieten, kombiniert mit zusätzlichen Angeboten, wie Bürger- und Rufbussen.“</p>	<p>„Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Er trägt zur Senkung der Feinstaubemissionen bei und sichert die Funktionsfähigkeit und Lebensqualität unserer Städte.“</p> <p>„Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr als Bestandteil der Daseinsvorsorge stärken. [...] Auch im ländlichen Raum muss ein öffentliches Verkehrsangebot vorgehalten werden, weil viele Bürger gerade dort darauf angewiesen sind.“</p>	<p>„...Öffentlicher Verkehr muss massiv ausgebaut und erheblich preiswerter werden. Mobilität als eine Voraussetzung für Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Langfristig streben wir einen kostenlosen Nahverkehr an. Das Streckennetz der Bahn und das Angebot des Nahverkehrs müssen wieder wachsen. Die Privatisierung der Bahn und von Nahverkehrsunternehmen lehnen wir ab...“</p>	<p>„Kundengerechten und kostengünstigen ÖPNV wollen wir durch mehr Transparenz bei der Finanzierung, fairen Wettbewerb unter den Anbietern und Freiraum für unternehmerische Initiative erreichen.“</p> <p>„Deshalb wollen wir die Privatisierung öffentlicher Verkehrsunternehmen.“</p>	<p>„Öffentlichen Personennahverkehr, Radverkehr und Fußgänger werden wir in unseren Kommunen gleichberechtigt behandeln und so Mobilität für alle sicherer machen.“</p>
Verkehrspolitik: Tempolimit				
<p>„...wollen wir Tempo 30 als innerörtliche Regelgeschwindigkeit mit Ausnahmen für Hauptverkehrsstraßen einführen.“</p> <p>„Wir wollen ein flächendeckendes Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen einführen, auch um das Wettertrüsten um die stärksten Motoren zu beenden.“</p>	<p>„Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen lehnen wir ab.“</p>	<p>„...Tempolimit von 120 Stundenkilometer auf Autobahnen...“</p>		

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Verkehrspolitik - Allgemein				
<p>„Grüne Verkehrspolitik setzt auf Vermeidung unnötiger Transporte, Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel und auf konsequent umwelt- und klimaschonende Verkehrstechnik.“</p> <p>„Dazu muss die Lkw-Maut weiterentwickelt werden und zukünftig auch die externen Umweltkosten berücksichtigen sowie auf kleinere Lkw und das gesamte Straßennetz ausgedehnt werden.“</p>	<p>„Mobilität muss so umweltgerecht wie möglich gestaltet werden. Um umweltfreundliche Mobilität zu ermöglichen, werden wir verstärkte Anstrengungen zur Verlagerung von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen unternehmen. Der Straßenverkehr kann und muss umweltfreundlicher gestaltet werden: Von der weiteren Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs bis zu geräuscharmen Fahrbahnbelägen.“</p> <p>„Wir werden die Leistungsfähigkeit des deutschen Wasserstraßennetzes und der Binnenschifffahrt stärken. Flussbauvorhaben müssen umweltverträglich sein und den Hochwasserschutz berücksichtigen.“</p>		<p>„Fahrgastrechte müssen gestärkt werden.“</p> <p>„Die Straße ist und bleibt Hauptverkehrsträger...“</p> <p>„Das Personenbeförderungsgesetz muss überarbeitet und dem europäischen Recht angepasst werden. Dabei muss endlich auch Buslinien-Fernverkehr in Deutschland allgemein zugelassen werden.“</p>	<p>„Deutschlands wirtschaftliche Stärke wird nicht zuletzt durch die Ingenieurskunst im Automobilbau begründet. Das Auto der Zukunft wird der Tatsache knapper werdenden Öls Rechnung tragen müssen. Wir wollen, dass es in Deutschland entwickelt wird und flächendeckend zum Einsatz kommt.“</p>
Emissionsschutz / Klima				
<p>„Alle Industriestaaten müssen dafür ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 um deutlich mehr als 80% reduzieren.“</p>	<p>„Wir setzen uns für ein verbindliches Kyoto-Plus-Abkommen ein und wollen die Weltklimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen zum Erfolg bringen. Wir wollen gemeinsam mit den USA verbindliche Klimaschutzziele vereinbaren und Entwicklungs- und Schwellenländer beim Klimaschutz mitziehen.“</p>	<p>„Vollständiger Umbau der Energiewirtschaft: erneuerbare Energien bis zur regenerativen Vollversorgung konsequent und schnell vorantreiben; das Erneuerbare-Energien-Gesetz noch wirksamer ausgestalten; Wärme aus erneuerbarer Energie und Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben;“</p> <p>„...energetische Sanierung des Gebäudebestandes und Klimaneutralität von Neubauten; bundesrechtliche Vorgaben für eine ökologische Bauleitplanung;“</p> <p>„Vergesellschaftung der Strom- und</p>	<p>„Die FDP setzt sich für verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaschutzziele im Rahmen eines Post-Kyoto-Abkommens ein – unter Einschluss der USA, Chinas und Indiens. Vorrangiges Ziel ist ein globaler Kohlenstoffmarkt. Leitlinie für alle muss sein, Kohlenstoffdioxid (CO₂) dort einzusparen, wo es am günstigsten ist.“</p> <p>„Die FDP legt beim Klimaschutz ein hohes Gewicht auf den Emissionshandel.“</p>	<p>„Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung der Infrastruktur, der Gebäude, des Kapitalstocks in unserem Land voranbringen.“</p> <p>„Der Emissionshandel ist das zentrale Instrument, um neue Investitionen in hochmoderne, effiziente fossile Kraftwerke zu ermöglichen. [...] Wir beabsichtigen, die Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid in</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>„Bis 2020 wollen wir in Deutschland mindestens minus 40 Prozent im Verhältnis zu 1990 erreichen. Mit einem Klimaschutzgesetz wollen wir dieses Ziel zur Minderung der Treibhausgasemissionen verbindlich festschreiben und das Erreichen des Zielpfades überwachen.“</p> <p>„Bis 2040 wollen wir in Deutschland 100% der Energie aus erneuerbaren Quellen bereitstellen, in der Stromerzeugung wollen wir dieses Ziel schon bis 2030 erreichen.“</p>	<p>„Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent sinken.“</p> <p>„Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass Europa durch Erfüllung dieser ambitionierten Ziele seiner Vorreiterrolle im Klimaschutz gerecht wird.“</p> <p>„Wir sehen im marktwirtschaftlich orientierten europäischen Emissionshandelssystem einen zielführenden Weg zu einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie.“</p>	<p>Gasnetze; Rekommunalisierung zentraler Teile der Energieversorgung;“</p> <p>„Im Kampf gegen den Klimawandel müssen die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 halbiert und bis Mitte des Jahrhunderts um mindestens 90 Prozent gesenkt werden.“</p>	<p>„Wir brauchen einen Entwicklungspfad für 2050 mit einer Reduzierung um 60 bis 80 Prozent in den Industrieländern.“</p> <p>„Die FDP unterstützt aus Gründen des Klima- und Ressourcenschutzes und der Versorgungssicherheit das Ziel der Europäischen Union, den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent am Primärenergieverbrauch zu erhöhen.“</p>	<p>Deutschland weiterzuentwickeln.“</p> <p>„Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent zu senken.“</p> <p>„Um die Feinstaubbelastung zu vermindern, werden wir die Emissionsgrenzwerte für Stickoxide und Staub in Industrie und Gewerbe absenken. Die Grenzwerte für Staub werden wir für alle Kleinf Feuerungsanlagen, die feste Brennstoffe einsetzen, verschärfen.“</p>
Sonstige Aussagen zu Umweltschutz und Nachhaltigkeit				
<p>„Von zentraler Bedeutung ist deshalb eine integrierte und transparente Umweltgesetzgebung in einem Umweltgesetzbuch, das das gesamte Instrumentarium für zukunftsfähigen und effektiven Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutz enthält.“</p>	<p>„Die effiziente Nutzung von Energie und Rohstoffen, erneuerbare Energien sowie eine nachhaltige Wasser- und Kreislaufwirtschaft vereinbaren Öko-</p>		<p>„Ein unbürokratisches, einfaches und einheitliches Umweltgesetzbuch darf nicht länger parteitaktischen Spielen geopfert werden: Effizientere Genehmigungen bei gleichen Umweltstandards sind wichtig für Unternehmer und Umwelt.“</p> <p>„Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine wichtige und zukunftsweisende Aufgabe aller Bildungsträger. Neben der Verankerung im Schulunterricht ist ihre Umsetzung in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Bil-</p>	<p>„Die mit CDU/CSU in der Bundesregierung nicht mögliche Umsetzung eines Umweltgesetzbuchs und eines Waldgesetzes, das die nachhaltige Sicherung unserer Wälder garantiert, wird eine SPD-geführte Bundesregierung in den ersten Monaten auf den Weg bringen.“</p> <p>„Eine Kultur der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit. Die Soziale Marktwirtschaft steht einer dynamischen Wirtschaft und freiem Unternehmertum nicht entgegen. Doch eine ihrer wesentlichen Aufgaben besteht darin,</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
	<p>nomie mit Ökologie und bieten gewaltige Wachstumspotenziale.“</p> <p>„Diese Entwicklung wollen wir durch marktwirtschaftlich orientierte Instrumente und kluge Anreize weiter unterstützen und die notwendigen Rahmenbedingungen setzen.“</p> <p>„Wir werden die Voraussetzungen schaffen, dass bis zum Jahr 2020 auf deutschen Straßen mindestens eine Millionen Elektrofahrzeuge im Einsatz sind.“</p>		<p>dungseinrichtungen, wirtschaftlichen Institutionen und Verbänden von großer Wichtigkeit. Die Vermittlung von Grundfertigkeiten und Faktenwissen über die wechselseitigen Zusammenhänge von Mensch, Natur und Technik sind unverzichtbare Voraussetzungen, um junge Menschen mit Handlungskompetenzen auszustatten und damit zu gesellschaftlicher Teilhabe bei der Gestaltung einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung zu befähigen.“</p>	<p>Rahmenbedingungen und Anreize für die Marktteilnehmer so zu setzen, dass wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges Verhalten sich mehr auszahlt als nicht nachhaltiges Verhalten.“</p> <p>„Nachhaltig leben und wirtschaften ist keine bloße Utopie, sondern die Voraussetzung dafür, dass kommende Generationen auch in Zukunft gut leben können.“</p> <p>„Arbeit und Umwelt. Wir müssen unsere Industriegesellschaft umbauen, wesentlich effizienter mit Ressourcen umgehen und auf erneuerbare Rohstoffe umstellen. Dafür wollen wir unsere Wirtschaft in einer sich verändernden internationalen Arbeitsteilung besser positionieren und wettbewerbsfähig halten: als globaler Anbieter von Umwelttechnologien und -dienstleistungen des 21. Jahrhunderts.“</p> <p>„Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Aspekte bei der Entfernungspauschale umsetzen...“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen

CDU/CSU

Die Linke

FDP

SPD

Aussagen zur Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht/Pflichtdienste

„Die Bundeswehr muss europatauglicher und UN-fähiger werden. Wir wollen die Bundeswehr auf 200.000 Soldaten und Soldatinnen verkleinern, die Wehrpflicht abschaffen, den Zivildienst umwandeln und die Freiwilligendienste ausbauen. In der Bundeswehr wollen wir einen freiwilligen militärischen Kurzdienst von 12 bis 24 Monaten einführen, der Männern und Frauen offen steht. Die Bundeswehr soll eine Freiwilligenarmee im Auftrag des Parlamentes werden.“

„Das Leitbild „Bürger in Uniform“ ist und bleibt Markenzeichen der Bundeswehr als Armee in der Demokratie. Die Wehrpflicht ist auch angesichts der neuen Bedrohungen der Sicherheit unseres Landes zukünftig notwendig. Sie ist ein wichtiges Instrument der Sicherheitsvorsorge. Die Wehrpflicht verbindet Bundeswehr und Gesellschaft. Wir wollen jedoch für mehr Wehrgerechtigkeit sorgen und die Wehrpflicht attraktiver gestalten. Den Zivildienst wollen wir als Ersatzdienst erhalten. Er hat große sozial- und jugendpolitische Bedeutung.“

„Wir bekennen uns zur NATO und werden uns für ein neues strategisches Konzept der NATO einsetzen, das auf die sicherheitspolitischen Veränderungen angemessen antwortet.“

„Wir stehen zum Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten und zollen ihrer Leistung hohen Respekt. Deutschland braucht eine leistungsfähige Bundeswehr. Im Konzept vernetzter Sicherheit ist die Bundeswehr ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung.“

„Die Entscheidung über Auslandsein-

„Wehrpflicht abschaffen; die Bundeswehr zu einer Verteidigungsarmee umgestalten und deutlich verkleinern; Jugendoffiziere in Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen nur mit Vertreterinnen und Vertretern gegenteiliger Auffassungen auftreten lassen;“

„...den Verteidigungsetat verkleinern und den zivilen Friedensdienst ausbauen;“

„...die NATO ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russland:...“

„...keinem Ausweitungsversuch der NATO zustimmen:“

„...keine Auslandskriegseinsätze der Bundeswehr zulassen – auch nicht unter UN-Mandat: keine Militärberater zur Unterstützung autoritärer Regimes entsenden;..“

„Die Wehrpflicht ist nicht mehr zu begründen. Sie ist in ihrer Ausgestaltung zutiefst ungerecht und für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sogar kontraproduktiv. Sie muss schnellstens ausgesetzt werden.“

„Das kann nur eine Freiwilligenarmee gewährleisten.“

„Die von der FDP geforderte Aussetzung der Wehrpflicht bedeutet auch das Aus für den Zivildienst.“

„Für die FDP gilt, dass Deutschland nicht nur aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, sondern aus eigener tiefster Überzeugung militärisch nur dann handeln sollte, wenn es gemeinsam mit den Partnern in der NATO oder der Europäischen Union sowie aufgrund einer klaren völkerrechtlichen Legitimation möglich ist. Unverzichtbar ist stets eine Zustimmung des Deutschen Bundestages (Parlamentvorbehalt). Einsätze ohne klare völkerrechtliche Grundlage lehnt die FDP ab, ebenso wie einen bündnispolitischen Automatismus bezüglich der Teilnahme der Bundeswehr an Einsätzen im Ausland. Wie unbedingt notwendig es bleibt, Lösungen auf politischem Wege zu finden, weil Militär allein keinen stabilen Frieden schaffen kann, zeigen die gegenwärtigen

„Wir setzen auf die Fortentwicklung der Wehrpflicht, die unter Beibehaltung der Musterung die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten.“

„Einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Frauen und Männer lehnen wir ab.“

„Internationale Einsätze der Bundeswehr verantwortlich gestalten. Internationale Einsätze der Bundeswehr können für uns nur das äußerste Mittel sein, wenn andere Instrumente zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen keine Lösung herbeiführen können. Die Einsätze der Bundeswehr müssen durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates sowie einen konstitutiven Beschluss des Deutschen Bundestages legitimiert und in ein politisches Gesamtkonzept integriert sein.“

„Die Bundeswehr modernisieren. Wir wollen den Transformationsprozess der Bundeswehr aktiv vorantreiben und

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
	<p>sätze treffen wir unter Beteiligung des Bundestages nach den Werten und Interessen Deutschlands und im Lichte unserer internationalen Bündnisverpflichtungen. Auslandseinsätze müssen in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht erfolgen und der Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit dienen. Einsätze müssen eindeutig definierte, erreichbare Ziele verfolgen. Die Bundeswehr muss einen glaubwürdigen Beitrag dazu leisten können, diese Ziele zu erreichen. Der Einsatz muss in seinen Risiken berechenbar sein.“</p>		<p>Militäreinsätze in Afghanistan sowie im Nahen und Mittleren Osten.“</p> <p>„...setzt sich die FDP für nachhaltige Verbesserungen der Bundeswehr-Struktur ein.“</p>	<p>den Umbau weiterhin sozialverträglich gestalten. Das bedeutet insbesondere, für eine leistungs- und zukunftsfähige Ausrüstung der Bundeswehr zu sorgen, die Sozialstandards für den Dienst und die Unterbringung der Soldatinnen und Soldaten zu erhöhen und einem modernen Familienbild anzupassen sowie geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr einschließlich einer Reform der Besoldungsstruktur zu ergreifen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Alterssicherung / Rente				
<p>„Die Gesetzliche Altersversicherung mit ihrer Umlagefinanzierung ist das Kernstück der Sicherung im Alter und muss es auch bleiben.“</p> <p>„Private und betriebliche Altersvorsorge werden unter einem Dach zusammen geführt.“</p> <p>„Wir setzen deswegen auf ein Alterssicherungssystem, das nachhaltig finanziert wird und allen eine eigenständige Rente gewährt, die wirksam vor Armut schützt und nicht zusätzliche Grundsicherungsleistungen erfordert.“</p> <p>„...werden wir unzureichende Ansprüche auf ein Mindestniveau aufstocken, welches den Grundbedarf für alle sichert.“</p> <p>„Mit einer solidarisch finanzierten Garantierente [...] muss aus Steuermitteln finanziert werden.“</p> <p>„Langfristig wollen wir die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung für Alle weiterentwickeln, in die alle Erwachsenen unabhängig vom Erwerbsstatus mit Beiträgen auf alle Einkommen einzahlen.“</p> <p>„Bei den Renten darf es zwischen Ost</p>	<p>„Die gesetzliche Rentenversicherung ist das erfolgreichste Instrument zur Vermeidung von Armut im Alter.“</p> <p>„Die Erweiterung ... zu einer Erwerbstätigenversicherung löst die Herausforderungen einer veränderten Arbeitswelt und der demografischen Entwicklung nicht.“</p> <p>„Deshalb halten wir auch in Zukunft am bewährten gegliederten System der Alterssicherung fest.“</p> <p>„Wir werden die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge flexibler gestalten.“</p> <p>„Die Förderung der privaten Altersvorsorge ist eine wichtige Maßnahme zur Verhinderung einer zukünftigen Altersarmut von breiten Bevölkerungsschichten. Deswegen ist der Freibetrag beim Schonvermögen im SGB II pro Lebensjahr wesentlich zu erhöhen.“</p> <p>„...Bürgerinnen und Bürger, die ein Leben lang Vollzeit beschäftigt waren, eine Rente oberhalb des Existenzminimums erhalten. Diese werden wir bedarfsabhängig ausgestalten und aus Steuermitteln finanzieren.“</p> <p>„Wir werden uns auch künftig für eine</p>	<p>„...das öffentliche Solidarsystem der gesetzlichen Rente stärken: den Lebensstandard im Alter sichern und langjährigen Beitragszahlerinnen und -zahlern eine Rente deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus bieten; sämtliche Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel streichen, damit die Rente wieder der Lohnentwicklung folgt;“</p> <p>„...Zeiten von Erwerbslosigkeit, Kinderbetreuung- auch vor 1992-, Pflege und niedrigen Löhnen aufwerten, ...“</p> <p>„...Rente erst ab 67 wieder abschaffen und flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr schaffen;</p> <p>„Armut im Alter verhindern: kein Mensch darf im Rentenalter weniger als 800 Euro im Monat zum Leben haben;“</p>	<p>„Für eine generationengerechte Ausgestaltung der Alterssicherung muss die gesetzliche Rente besser auf die finanziellen Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft vorbereitet werden. Die FDP will die Alterssicherung stärker in Richtung privater Kapitaldeckung umbauen.“</p> <p>„Wir wollen zugleich die private Altersvorsorge gegenüber staatlichem Zugriff besser schützen. Dazu soll das Schonvermögen für private oder betriebliche Altersvorsorge einschließlich der Riester- und Rürup-Renten verdreifacht werden und 750 EURO je Lebensjahr betragen. Zusätzlich bleibt sonstiges Vermögen bis zu 250 EURO je Lebensjahr bei Berechnung des Bürgergeldes anrechnungsfrei.“</p> <p>„Die FDP tritt dafür ein, dass die Versicherten ab dem 60. Lebensjahr bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können. Voraussetzung ist, dass ihre kombinierten Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente über dem Grundsicherungsniveau liegen.“</p> <p>„... alle Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug aufzuheben.“</p> <p>„Das Rentenrecht in Ost und West</p>	<p>„Zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rente, ergänzt um die betriebliche und private Altersvorsorge, gibt es keine bessere Alternative.“</p> <p>„Renten müssen auch in Zukunft die Gegenleistung für den während der Erwerbstätigkeit gezahlten Beitrag bleiben.“</p> <p>„Rentenversicherung langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln.“</p> <p>„Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Zukunft mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente ermöglichen.“</p> <p>„...geförderte Altersteilzeit werden wir bis 2015 verlängern.“</p> <p>„Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>und West keine Ungleichbewertung von Lebensarbeitsleistungen geben.“</p>	<p>Rentenentwicklung einsetzen, die den Rentnerinnen und Rentnern eine verlässliche und gerechte Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung gewährleistet, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen.“</p> <p>„Wir wollen, dass die Kindererziehung noch besser in der Rente berücksichtigt wird.“</p> <p>„Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den Neuen Ländern bewährt. Wir setzen uns für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.“</p>	<p>„Rentenungerechtigkeit beseitigen: die Rentenwerte Ost an West anpassen und die niedrigeren Einkünfte höher berechnen; die Überführungslücken und Ungerechtigkeiten beseitigen;“</p>	<p>muss vereinheitlicht werden.“</p> <p>„Die private und betriebliche kapitalgedeckte Vorsorge müssen gestärkt werden.“</p> <p>„Kindererziehungszeiten will die FDP künftig stärker in der kapitalgedeckten Altersvorsorge berücksichtigen.“</p> <p>„...soll bei der Grundsicherung im Alter die eigene Altersvorsorge nur zum Teil angerechnet werden.</p>	

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Umgang mit Extremismus				
<p>„...Information über die Verbrechen der Nazizeit - in Schulen, Medien, durch Gedenkorte wie die ehemaligen Konzentrationslager, das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und weitere Gedenkorte für Sinti und Roma, Euthanasieopfer und Homosexuelle.“</p> <p>„Wir brauchen attraktive demokratische Netzwerke, die Gegenangebote machen. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus aktivieren demokratische Kräfte, beraten fachkundig, helfen Opfern und werben öffentlich für mehr Vielfalt, Offenheit und Toleranz. [...] Aber für ihre Arbeit brauchen sie auch eine solide und dauerhafte finanzielle Unterstützung. Zum Kampf gegen Rechtsextremismus gehört schließlich auch das entschlossene Eintreten für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung. Wir brauchen in der Fläche mobile Opferberatungsteams, die verhindern, das Opfer rechtsextremer Straftaten sich aus Angst aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.“</p>	<p>„Die Ursachen für rechtsextremistische Einstellungen zu beheben, ist erklärtes Ziel von CDU und CSU. Nur durch langfristiges Engagement und nachhaltige Prävention wird die Ausbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts verhindert. Hierzu gehört die Stärkung der Bürgergesellschaft. Wir werden die Unterstützung der bürgerschaftlichen Projekte, die Arbeit der demokratischen politischen Nachwuchsverbände im Ring Politischer Jugend (RPJ) und Aussteigerprogramme gegen Extremismus weiterentwickeln und dabei Schwerpunkte in gefährdeten Regionen setzen. Ausstiegsprojekte werden wir konsequent weiter fördern.“</p> <p>„Auch Linksextremisten sind erklärte Gegner unserer freiheitlich demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Gefahr linksextremistischer Straftaten wird in der Öffentlichkeit unterschätzt. Wir halten an der Beobachtung der extremistischen Strukturen in der Partei „DIE LINKE“ durch den Verfassungsschutz fest.“</p> <p>„Wachsamkeit ist auch gegenüber dem Extremismus islamistischer Gruppen geboten, der sich regelmäßig mit Antisemitismus verbindet.“</p>	<p>„...rechtsextreme Gewalt ächten, staatlich verfolgen und konsequent ahnden: bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Gewalt anerkennen und fördern; die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Bundesministerien und von Bund und Ländern durch eine „Beauftragte des Deutschen Bundestages für Demokratie und Toleranz“ koordinieren;“</p> <p>„...eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einrichten: die Beobachtung von NPD und Nazistrukturen nicht nur dem Verfassungsschutz überlassen; mobile Beratungsteams, Exit-Angebote und andere öffentliche Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stärken und finanziell absichern; entsprechende Bildungsarbeit in Schule, Ausbildung und Politik fördern;“</p> <p>„NPD verbieten und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus offensiv führen: die V-Leute der Verfassungsschutzämter innerhalb der NPD abziehen;“</p>	<p>„Freiheit wird durch politischen Extremismus gefährdet. Links- und Rechtsextremismus stellen gleichermaßen die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage.“</p> <p>„Gleichzeitig plädieren wir für differenzierte Strategien. Die FDP fordert, dass Programme zur Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus, besonders bei Jugendlichen, verstärkt werden. Dazu schlagen wir eine Drei-Säulen Initiative vor: Eine Intensivierung der Programme für den Ausstieg gewaltbereiter und gefährdeter Jugendlicher; Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene hinsichtlich schulischer und beruflicher Qualifizierung; Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit. Außerdem müssen in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus wesentlich stärker als bisher Ursachen und Handlungsweisen bekämpft werden.“</p>	<p>„Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche und alle Generationen betreffende Aufgabe [...] Wir verstehen Rechtsextremismus-Prävention nicht als Projekt, sondern als institutionalisierte Arbeit. [...] Die SPD wird die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts verstetigen und spätestens in der nächsten Legislaturperiode eine Bundesstiftung aufbauen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu bündeln.“</p> <p>„Die NPD ist eine Partei, die den Nationalsozialismus offen verherrlicht und eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufweist. Deshalb muss das Verbot der NPD angestrebt werden.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Generationengerechtigkeit				
<p>„Ein Neuer Gesellschaftsvertrag verlangt, dass diese Kosten nicht allein den kommenden Generationen aufgebürdet werden.“</p> <p>„Der Neue Gesellschaftsvertrag muss darauf achten, dass keine Generation einseitig belastet wird, nicht die heutigen und nicht die zukünftigen BeitragszahlerInnen, nicht die aktuellen und nicht die zukünftigen RentenbezieherInnen.“</p> <p>„Dabei geht es darum, die sozialen Sicherungssysteme, vor allem die Rente, so zu gestalten, dass sich die Älterwerdenden darauf verlassen können und die Jungen nicht überfordert werden.“</p> <p>„Deshalb wollen wir das Ziel der Generationengerechtigkeit im Grundgesetz verankern.“</p> <p>„Ein neuer Vertrag zwischen den Generationen muss auf Gerechtigkeit aufbauen.“</p>	<p>„Wir sind auch dem Wohl der Kinder von heute und dem Wohl noch nicht geborener Generationen verpflichtet.“</p> <p>„Der Zusammenhalt der Generationen erwächst aus der Weitergabe von Lebenserfahrung, aus Toleranz und vor allem aus praktischer Hilfe der Generationen füreinander. Mehrgenerationenhäuser fördern das Miteinander und den Austausch der Generationen und schaffen ein nachbarschaftliches Netzwerk familiennaher Dienstleistungen.“</p> <p>„Politik der soliden Finanzen entspricht dem Prinzip der Generationengerechtigkeit,...“</p>		<p>„Die steigende Lebenserwartung und die damit einhergehende längere Rentenbezugsdauer werden direkter als bisher für jeden Jahrgang bei der Berechnung der gesetzlichen Rente berücksichtigt. Insoweit wird eine generationengerechte Verteilung der Lasten auf die einzelnen Jahrgänge erreicht.“</p> <p>„Jede Generation soll vom Grundsatz her die von ihr verursachten Gesundheitskosten über die gesamte Lebenszeit selbst tragen. Das ist nur möglich, wenn in der Zeit, in der wenig Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden, Rücklagen aufgebaut werden für die Zeit, in der mehr medizinische Versorgung benötigt wird.“</p> <p>„Die FDP unterstützt die Verankerung der Interessen kommender Generationen im Grundgesetz: in der Finanzverfassung und in den Staatszielbestimmungen.“</p> <p>„...will die FDP eine offizielle Generationenbilanz für Deutschland.“</p>	<p>„Öffentliche Zukunftsinvestitionen spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.“</p> <p>„Wir wollen die Solidarität der Generationen fördern und ausbauen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Europa				
<p>„...mehr Demokratie in Europa. Daher treten wir für den Vertrag von Lissabon ein[...]“</p> <p>„Das europäische Parlament braucht ein eigenes Gesetzesinitiativrecht und erweiterte Haushaltskompetenzen.“</p> <p>„...wir wollen, dass die Grundrechtecharta endlich rechtsverbindlich wird.“</p>	<p>„Wir wissen: Eine starke Europäische Union ist die beste Voraussetzung für Wachstum, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie für soziale Sicherheit in unserem Land. Die Soziale Marktwirtschaft, die wir in Europa und auch international verankern wollen, ist das beste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, um diese Ziele zu erreichen und damit unsere Zukunft zu sichern. Sie ist die erfolgreiche und menschliche Antwort auf die gescheiterten Systeme der sozialistischen Planwirtschaft und des ungezügelter Kapitalismus.“</p> <p>„Wir verlangen, dass gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Aufgaben so nah wie möglich bei den Menschen erledigt werden. Brüssel darf sich nicht einmischen, wenn Aufgaben auf bundes-, landes- oder kommunalpolitischer Ebene ausreichend oder besser geregelt werden können. Im Binnenmarkt brauchen wir aber weniger detaillierte Regelungen und mehr Freiraum. Bei künftigen EU-Vertragsänderungen wollen wir überprüfen, ob Kompetenzen von der europäischen Ebene auf die Nationalstaaten zurückverlagert werden können.“</p>	<p>„...eine europäische Verfassung durch Bürgerinnen und Bürger mit gestalten lassen und am selben Tag allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zur Abstimmung vorlegen;“</p>	<p>„Die FDP will, dass die Europäische Union demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger wird.“</p> <p>„Langfristige Ziele bleiben für uns Liberale ein föderales Europa und die Verabschiedung einer Europäischen Verfassung.“</p> <p>„In den EU-Verträgen sollte die Möglichkeit verankert werden, dass die Bürger über Fragen, die für die Fortentwicklung der Union von grundlegender Bedeutung sind, einen EU-weiten Volksentscheid herbeiführen können.“</p>	<p>„Diesen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir auch auf europäischer und internationaler Ebene Geltung verschaffen.“</p> <p>„Im ersten globalen Jahrhundert kann und will Deutschland nicht alleine agieren, sondern als ein wichtiger Teil Europas. Dieses Europa soll nicht nur wirtschaftlich stark sein, sondern eine klare soziale Ordnung haben. Europa steht international für Frieden, Kooperation und fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Geschlechtergerechtigkeit				
<p>„Ein gesetzlicher Mindestlohn ist zudem ein wichtiger Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit, weil vor allem Frauen von Niedriglöhnen betroffen sind.“</p> <p>„Da Frauen in deutschen Chefetagen noch immer exotische Ausnahmen sind, streben wir eine verbindliche Quote von 50 Prozent Frauenanteil in Aufsichtsräten an. Wir bleiben bei unseren Forderungen nach einem Gleichstellungsgesetz für den privaten Sektor. Und wir setzen uns weiterhin dafür ein, den gesellschaftlich Skandal zu beenden, dass Frauen für gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt werden.“</p> <p>„Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag gründet auf einer neuen Solidarität zwischen den Geschlechtern.“</p> <p>„Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Dafür braucht es die richtigen institutionellen Rahmenbedingungen, eine Gesetzgebung im Familien-, Arbeits- und Steuerrecht, die Gleichstellung befördert und sichere Sozialsysteme.“</p> <p>„Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mit Personalentwicklungsplänen und klaren Zielvorgaben für Einstellung, Qualifi-</p>	<p>„Die Chancen- und Lohngleichheit von Frauen zu verwirklichen, ist Teil einer Gesellschaft des Zusammenhalts. Wir stehen für eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen in Führungsfunktionen.“</p> <p>„CDU und CSU wollen die Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen Phasen ihres Lebenslaufs in einer partnerschaftlichen Gesellschaft verwirklichen.“</p> <p>„Wir halten den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für selbstverständlich und lehnen unterschiedliche Entgelte für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit ab.“</p>	<p>„...gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen im Verhältnis zu Männern, für Beschäftigte im Osten im Verhältnis zu Beschäftigten im Westen;...“</p> <p>„Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen: Geschlechterverhältnisse in allen Politikbereichen systematisch berücksichtigen; alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern überprüfen; Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld sichern;“</p> <p>„Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft einführen;“</p>	<p>„Die FDP setzt sich für eine freie und selbstverantwortliche Lebensgestaltung von Frauen und Männern ein. Wir schaffen hierzu die Rahmenbedingungen. Der Grundsatz der Geschlechtergleichstellung ist uneingeschränkt umzusetzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Voraussetzung für eine selbstverantwortliche Lebensgestaltung.“</p> <p>„Die FDP setzt sich dafür ein, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit am gleichen Ort gleich bezahlt werden.“</p>	<p>„Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen. Dazu gehören die gleiche Teilhabe an existenzsichernder Arbeit und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten sowie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ebenso wie die partnerschaftliche Teilung der familiären Sorge. Gleichberechtigung muss zur Gleichbehandlung und tatsächlichen Gleichstellung führen.“</p> <p>„Gerechte Löhne..... Wir werden dafür sorgen, dass sich die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und Frauen schließt.“</p> <p>„Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent einführen.“</p> <p>„Wir wollen den Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40 Prozent erhöhen. Dafür planen wir ein Professorinnen-Programm sowie ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.“</p> <p>„Gleiche Chancen, gleiche Bezahlung. Für gleichwertige Arbeit müssen gleiche Löhne gezahlt werden. Wir werden mit verbindlichen Regelungen und</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>zierung und Beurteilung. Die Ausgestaltung der Maßnahmen soll nach Branchen und Betriebsgrößen flexibel gehandhabt werden. Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Unternehmen vergeben werden, die Gleichstellung ernst nehmen.“</p> <p>„Mehr Demokratie zu wagen heißt für uns Geschlechterdemokratie verwirklichen. Im Bundestag liegt der Frauenanteil bei gerade einmal 32%, in den Kommunen und Landtagen allerdings erheblich niedriger. Die grüne Frauenquote ist eine Erfolgsgeschichte – und doch bleibt noch viel zu tun. Mehr Demokratie zu wagen heißt der multikulturellen Vielfalt Rechnung tragen. Demokratie braucht wechselseitige Anerkennung von Unterschiedlichkeit ebenso, wie die gemeinsame Anerkennung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Eine Demokratie ist dann stark, wenn Frauen und Männer gleichermaßen in ihren Parlamenten vertreten sind. Wir werden uns dafür einsetzen analog dem französischen Paritätsgesetz Grundlagen dafür zu schaffen, damit mehr Frauen in den Parlamenten vertreten sind.“</p>				<p>Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird. Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent einführen.“</p> <p>„Wir werden neben der aktiven Frauenförderung die Gleichstellungspolitik zu einer Querschnittsaufgabe machen.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Ostdeutschland / Ländlicher Raum				
<p>„Auch in ländlichen Regionen muss Bewegungsfreiheit und Teilnahme am öffentlichen Leben ohne Abhängigkeit vom eigenen Auto möglich sein. Der öffentliche Verkehr muss daher auch dort ein verlässliches Angebot bieten, kombiniert mit zusätzlichen Angeboten, wie Bürger- und Rufbussen.“</p> <p>„Wir wollen den Osten als Lebens- und Arbeitsort so stärken, dass junge Menschen hier ihre Zukunft sehen und ein Leben mit einem Einkommen zum Auskommen führen können. Es soll für sie attraktiv sein, wiederzukommen, wenn sie weg waren, oder auch neu in den Osten zu ziehen. Das Recht auf einen qualifizierten Schulabschluss und eine Ausbildung wollen wir u.a. durch ein flächendeckendes Netz von Produktionsschulen sicherstellen, in denen berufliche Ausbildung mit erwerbsorientierter Produktion verknüpft wird. Denn in Ostdeutschland misslingt zu vielen jungen Menschen der Übergang von der Schule in die Ausbildung. Oft werden sie in monate- und jahrelange Warteschleifen im Übergangssystem gezwungen. Das ist eine skandalöse Verschwendung von Talenten und Lebenszeit, mit der wir Schluss machen wollen.“</p> <p>„Der „Aufbau Ost“ ist nicht als Nachbau West zu machen. Gebraucht wer-</p>	<p>„Deutschland braucht starke ländliche Räume. CDU und CSU stehen für eine Politik, die die Leistungen der Menschen in ländlichen Räumen anerkennt und ihre Chancen für die Zukunft sichert.“</p> <p>„Auch im ländlichen Raum muss ein öffentliches Verkehrsangebot vorgehalten werden, weil viele Bürger gerade dort darauf angewiesen sind.“</p> <p>„Wir stehen zu dem fest vereinbarten und gesetzlich beschlossenen Solidar-pakt II und werden ihn erfüllen. Wir werden die Investitionszulage bis 2013 verlängern und die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau und nach bundesweit einheitlichen Indikatoren fortführen. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) sollen für die Straße bis 2010 und für die Schiene bis 2017 vollständig abgeschlossen werden.“</p> <p>„Aufgrund der relativ hohen Abwanderungsraten und des Einbruchs der Geburtenrate sind die ostdeutschen Länder in stärkerem Maße vom demografischen Wandel betroffen als die westdeutschen Bundesländer. Zur Gestaltung des demografischen Wandels setzen wir uns für neue Formen der Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur (interkommunale</p>	<p>„...gleichwertige Lebensbedingungen auch in Dörfern und kleinen Städten sichern;“</p> <p>„...den Grundsatz „Gleiche Löhne und Gehälter bei gleicher Arbeitszeit und gleicher Arbeit“ verwirklichen; einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einführen;“</p> <p>„Rentenungerechtigkeit beseitigen: die Rentenwerte Ost an West anpassen und die niedrigeren Einkünfte höher berechnen; die Überführungslücken und Ungerechtigkeiten beseitigen;“</p>		<p>„Der Solidar-pakt II ist und bleibt die wichtigste gesetzliche Grundlage für den Aufbau Ost. Er muss bis zum Jahr 2019 uneingeschränkt gelten.“</p> <p>„Wir werden Perspektiven für den ländlichen Raum in den Bereichen Industrie und Agrarwirtschaft sowie im Tourismus weiterentwickeln.“</p> <p>„Wir fordern die gleichen Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West und werden einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn durchsetzen.“</p> <p>„Wir werden eine „Innovationsoffensive ländliche Räume“ starten, um das Potenzial der ländlichen Räume als Zukunftsraume Deutschlands auszuschöpfen [...] Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen mehr Chancen für Teilhabe und Beschäftigung geschaffen werden.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>den innovative Konzepte und überzeugende Leitbilder. Die Chancen Ostdeutschlands liegen in einer eigenständigen Entwicklung und der Entfaltung eigener Energien und Potenziale.“</p> <p>„Unser Ziel ist es, den Osten als Bildungsstandort zu etablieren,[..]“</p>	<p>Zusammenarbeit) ein. Insbesondere wollen wir eine stärkere Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um jungen Menschen eine Perspektive in geringer besiedelten Regionen aufzuzeigen.“</p> <p>„Wir werden die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten und deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern.“</p> <p>„Wir werden für eine integrierte Entwicklung der ländlichen Räume Sorge tragen und den kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur der ländlichen Räume fördern, besonders in den Bereichen Arbeitsplätze, medizinische Versorgung, Verkehr, Bildungsangebote und Kultur. Den Zugang ländlicher Räume zu den überörtlichen Verkehrsachsen werden wir durch leistungsfähige Anbindungen voranbringen.“</p>			

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Entwicklungspolitik				
Zukunft der Entwicklungshilfe - Schwerpunktsetzung				
	<p>„Die Stärkung der Effizienz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verlangt eine Konzentration unserer Maßnahmen auf bestimmte Länder und Sektoren. Armutsbekämpfung bleibt ein Kernanliegen unserer Entwicklungspolitik.“</p>	<p>„Entwicklungspolitische Zusammenarbeit muss sich schwerpunktmäßig auf die Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder konzentrieren mit dem Ziel, herausragende regionale Ergebnisse zu erzielen.“</p>	<p>„Ziel liberaler Entwicklungszusammenarbeit ist es, die Ursachen der Armut zu bekämpfen und es den Menschen zu ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, um ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung zu führen.“</p> <p>„Die FDP setzt sich für eine Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die schwächsten und ärmsten Länder ein, ...“</p> <p>„Einen Schwerpunkt legt die FDP bei der Bekämpfung von HIV/AIDS, das sich in Afrika inzwischen zur häufigsten Todesursache und damit zu einem der größten Entwicklungshemmnisse entwickelt hat.“</p>	<p>„Im Rahmen unserer Entwicklungspolitik werden wir mehr in die ländliche Entwicklung, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in Erneuerbare Energien investieren. Wir wollen unsere Partnerländer beim Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie eines effizienten und gerechten Steuersystems unterstützen. Ein wichtiger Schwerpunkt wird die Unterstützung Afrikas bleiben, denn das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele wird entscheidend von den Fortschritten in Afrika abhängen.“</p>
Entwicklungshilfe und Menschenrechte				
<p>„Sie muss an verbindliche Vereinbarungen geknüpft werden, die auch eine menschenrechtliche Agenda umfassen.“</p>	<p>„Menschenrechtspolitik und Entwicklungspolitik gehören zusammen und müssen eng aufeinander abgestimmt werden. Bei der Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit müssen gute Regierungsführung und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte maßgebliche Kriterien sein. Ein besonderes Anliegen ist uns die Unterstützung von Menschen, die sich weltweit in friedlicher Weise für den Schutz der Menschenrechte einsetzen.“</p>		<p>„Die Glaubwürdigkeit Deutschlands steht in direktem Zusammenhang mit dem konsequenten Eintreten für die Menschenrechte in der Außenpolitik. Ihre Einhaltung ist das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung jedes Landes.“</p>	<p>„Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechte, Solidarität und Demokratie gehören zusammen. Menschenrechtspolitik ist auch Friedenspolitik. Wir wollen die Menschenrechtsschutzsysteme der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates weiter stärken.“</p>

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Entwicklungsministerium				
„Wir wollen unter Federführung eines eigenständigen Entwicklungsministeriums sowohl die bi- als auch die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausbauen, effizienter machen und stärker an den Bedürfnissen der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen in den Partnerländern ausrichten.“				„Deutschland gehört zu den Ländern mit einem eigenständigen Entwicklungsministerium. Auch in Zukunft wollen wir, dass die Entwicklungszusammenarbeit kohärent von diesem Ministerium gesteuert wird. Mit der Eigenständigkeit dieses Ministeriums machen wir deutlich, dass globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut für uns höchste Priorität haben.“
Millennium-Entwicklungsziele				
„Wir wollen die Millenniums-Entwicklungsziele der UN schnellstmöglich umsetzen und kämpfen weiter dafür, Armut und Hunger in der Welt bis 2015 wenigstens zu halbieren. Dafür müssen die OECD-Länder endlich wie bereits 1970 vereinbart bis 2015 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen...“	„Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen, die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern. Eine quantitative Erhöhung der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit muss aber mit einer Steigerung der Effizienz des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Absorptionsfähigkeit in den Entwicklungsländern einhergehen.“	„...0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe bereitstellen.“	„Die FDP bekennt sich zu den Verpflichtungen, die Deutschland im Rahmen der UN- Millenniumsziele eingegangen ist.“	„Mehr Geld für Entwicklung. Wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen.“ „Wir wollen alles tun, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen.“
NGOs				
„Neben der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir Nichtregierungsorganisationen und kirchliche Hilfswerke verstärkt fördern. Die humanitäre Hilfe muss an den Bedürfnissen der von Krisen und Naturkatastrophen betroffenen Menschen ausgerichtet und stärker mit der Entwicklungszusammenarbeit verzahnt werden.“	„Wir werden die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und das unverzichtbare zivilgesellschaftliche Engagement der Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen ebenso wie die Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft noch enger miteinander vernetzen. Das zivilgesellschaftliche Engagement wollen wir fördern, denn die Erstver-	„Dabei sollte sie sich auf lokal gesteuerte Entwicklungsinitiativen auf kommunaler und regionaler Ebene stützen sowie Selbsthilfegruppen, Nichtregierungsorganisationen und Mikrofinanzierungssysteme fördern.“	„In Ländern mit schlechter Regierungsführung muss die Arbeit von nichtstaatlichen Akteuren, wie Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und Kirchen sowie der Bürgergesellschaft insgesamt unterstützt werden.“	„Zivilgesellschaftliche Kräfte stärken. Die Zusammenarbeit mit und Förderung von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft wollen wir auch in Zukunft intensiv fortsetzen.“

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
	antwortung für die deutsche Entwicklungspolitik liegt bei den Bürgern. Wir wollen in der Bevölkerung den Gedanken der Solidarität mit Menschen in Not wieder stärken.“			
Organisation der Entwicklungshilfe				
<p>„Die Zusammenlegung staatlicher Durchführungsorganisationen zu einer bundeseigenen Entwicklungsagentur muss endlich in Angriff genommen werden.“</p> <p>„Zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Partnerländer soll die Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung gewinnen.“</p>	<p>„Wir wollen für ein effizientes strategisches Vorgehen sorgen. Dazu wollen wir die entwicklungspolitisch relevanten Strukturen des deutschen Außenhandels optimieren und zu einer kohärenten Entwicklungspolitik zusammenführen. Wir werden dazu die Entwicklungspolitik als eigenständiges Politikfeld für die Koordinierung der Aktivitäten Deutschlands in Entwicklungsländern stärken. Die entwicklungspolitischen Instrumente wollen wir effizienter gestalten. Deshalb werden wir die notwendigen Strukturveränderungen bei staatlichen Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit vornehmen.“</p> <p>„Wir wollen die internationale Arbeitsteilung zwischen den Geberländern – auch in der EU – weiter verbessern.“</p>	„Unterordnung der Entwicklungszusammenarbeit unter die Außen- und Sicherheitspolitik beenden;“	„Für mehr Transparenz und eine klare Aufgabenverteilung zwischen europäischer und nationaler Entwicklungszusammenarbeit. Die europäische Entwicklungszusammenarbeit soll die Entwicklungszusammenarbeit der Mitgliedsstaaten lediglich ergänzen und dort koordinierend tätig werden, wo mehrere Länder gemeinsame Projekte beziehungsweise Programme durchführen.“	
Entschuldung				
„Für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder sind Entschuldungsinitiativen und die Streichung der illegitimen Schulden unerlässlich.“		„...gerechte Handelsstrukturen herstellen, Entwicklungsländer entschulden“		

JUGEND WÄHLT – JUGEND ZÄHLT | SYNOPSE

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	FDP	SPD
Sonstige Aussagen zu Entwicklungspolitik				
<p>„Wir setzen uns im Rahmen der UN dafür ein, dass die Handels-, Klima-, Umwelt- und Entwicklungspolitik besser auf einander abgestimmt werden.“</p> <p>„Wir wollen innovative Finanzierungsinstrumente wie die Finanzumsatzsteuer und die Flugticketabgabe einführen.“</p>	<p>„Unsere Entwicklungspolitik lässt sich von drei Prinzipien leiten: der Verantwortung für die Menschen in Not und für die Schöpfung, der Abwehr globaler Risiken und der Stärkung unserer weltweiten Partnerschaften, von denen Deutschland auf vielfältige Weise profitiert.“</p>	<p>„DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit.“</p>		<p>„Neben der Bereitstellung von klassischen Haushaltsmitteln wollen wir weitere, innovative Finanzierungsquellen erschließen. Ein Teil des Aufkommens aus der Versteigerung von CO₂-Verschmutzungsrechten soll für die Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Als die Friedenspartei Deutschlands setzen wir uns für eine Abkehr vom globalen Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben ein</p>